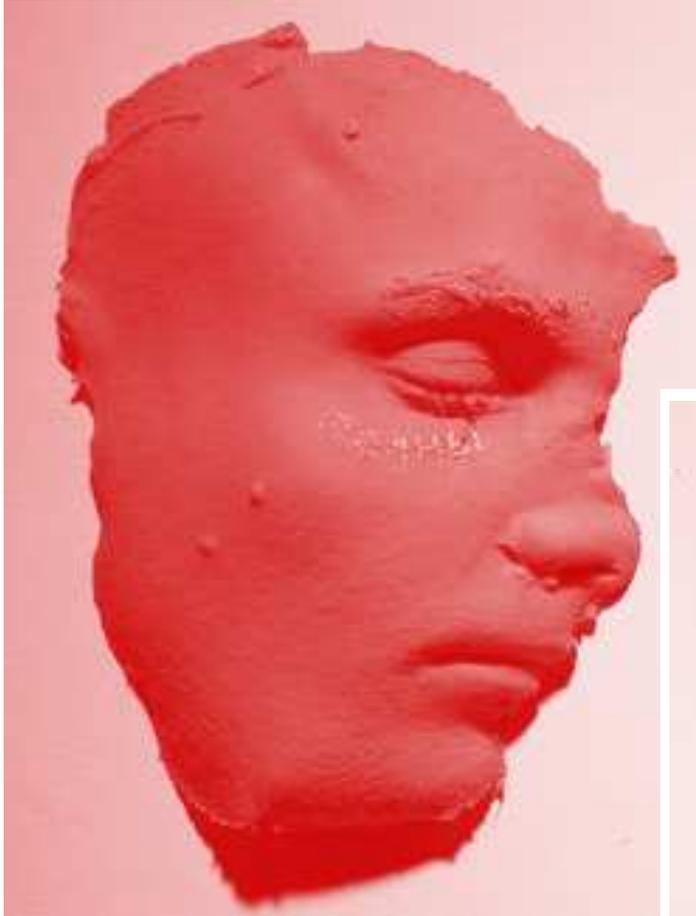




# ANKLAGEN

Herbst 2020

KOSTENLOS - ZUM MITNEHMEN



Peru in den Zeiten von Covid-19: Den Armen geht die Luft aus ■ Belarus am Scheideweg ■ Zustände in den Haftanstalten der Russischen Föderation ■ Peru – nach uns die Giftflut ■ Nigeria zwischen Traum und Albtraum ■ „Menschenzoos“

## Inhalt

Editorial .....	2
Peru in den Zeiten von Covid-19: Den Armen geht die Luft aus .....	3
Belarus am Scheideweg.....	6
Zustände in den Haftanstalten der Russischen Föderation.....	10
Peru – nach uns die Giftflut.....	13
Nigeria zwischen Traum und Albtraum .....	16
„Menschenzoos“ .....	18
Briefe gegen das Vergessen.....	21

## Impressum

ANKLAGEN ist kein offizielles Amnesty-Organ. ANKLAGEN wird vom Amnesty-Bezirk Tübingen herausgegeben. In einzelnen Beiträgen, insbesondere in namentlich gekennzeichneten, wird nicht immer die Meinung von Amnesty International vertreten.

ANKLAGEN erscheint 4-mal jährlich. Der Bezug ist kostenlos.

*Redaktion:*

Sabrina Bucher, Orphée Dorschner, Christian Eisenreich, Susa Garbe, Julia Grüninger, Katharina Georgieff, Janina Hirsch, Werner Hummel, Anna Kaufmann, Victoria Kropp, Mandy Lüssenhop, Joachim Lerchenmüller, Nils Löttschert, Filipp Münst, Christina Oberger, Eva Scheerer (ViSDP), Heiderose Schwarz, Veronika Sordon

*Redaktionsschluss dieser Ausgabe:*

08.09.2020

*Auflage:* 4.000

*Druck:* Druckerei Deile, Tübingen.

*Titelbild:* Die sibirische Künstlerin Mayana Nasybullova stellt Masken her, auf die sie Tätowierungen von Strafgefangenen sticht. Damit will sie auf die inhumane Situation in russischen Gefängnissen aufmerksam machen (s. Artikel S. 10).

*Bild:* © Goethe Institut Nowosibirsk, *Quelle:* [www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

*Der Nachdruck aus ANKLAGEN ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten um Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren. Über Zuschriften und Beiträge freuen wir uns sehr.*

*Liebe Freundinnen, liebe Freunde,*

*„Ich habe jahrelang zugehört, wie die Polizei Leute, die wie ich aussehen, ermordet hat. Ich will Ihr Mitleid nicht, ich will Veränderung.“ Das sagte die Afroamerikanerin Letreta Wideman, nachdem ihrem Bruder Jacob Blake am 23. August in der Stadt Kenosha (Wisconsin, USA) von einem Polizisten sieben Mal in den Rücken geschossen wurde, sodass er seitdem gelähmt ist. Eigentlich hätte doch alles anders werden müssen, denkt man, als Ende Mai ein Video auftauchte, das auch Sie sicher in den Nachrichten gesehen haben: Ein weißer Polizist kniet über acht Minuten auf dem Hals eines Afroamerikaners. Der Mord an George Floyd wurde symbolisch für die Polizeigewalt gegen Schwarze und hat der Diskussion über Rassismus weltweit neuen Schwung gegeben.*

*Die USA hat ein Rassismusproblem. Noch immer wirken Sklaverei und Rassentrennung nach. In den USA besteht für Afroamerikaner eine reale Gefahr, von Anwohnern oder Polizisten erschossen zu werden. In Deutschland greifen Menschen nicht so schnell zur Waffe, auch Polizisten nicht. Die Berichte über Racial Profiling und polizeiliches Fehlverhalten häufen sich dennoch. In der Nacht vom 20. auf den 21. Juni wird in Stuttgart ein Jugendlicher von der Polizei wegen eines Drogendelikts kontrolliert. Hunderte Feiernde solidarisieren sich mit ihm, plündern Geschäfte, greifen Polizisten an. Für diese Gewalt muss man wahrlich kein Verständnis aufbringen. Ein Audio taucht auf: „Alles Kanaken“, sagt darauf ein Polizist. Bei der Aufarbeitung der Krawalle gerät die Stuttgarter Polizei in die Kritik. Mitte September werden in Nordrhein-Westfalen 30 Polizisten suspendiert, die sich jahrelang rassistische Nachrichten geschickt haben. Ob es systematischen Rassismus in der deutschen Polizei gibt, dazu gibt es keine verlässlichen Daten. Bundesinnenminister Horst Seehofer hat eine Studie zu Rassismus in der Polizei abgelehnt.*

*Drei Monate nach dem Mord an George Floyd gibt es weitere Tote und Verletzte in den USA. Die Historikerin Christy Clark-Pujara sagt, die Ereignisse in Kenosha seien vorhersehbar gewesen, weil die Menschen ihre Geschichte nicht verstehen würden. In Deutschland sind wir mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus einen großen Schritt gegangen. Trotzdem haben wir es bisher nicht geschafft, dass rechte Gewalttaten lückenlos aufgeklärt werden, dass Menschen mit dunklerer Hautfarbe in Deutschland nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Oder dass Migranten wirklich von allen als deutsche Staatsbürger anerkannt werden. Vielleicht verstehen wir unsere Geschichte doch nicht so gut wie wir meinen? Ich glaube, wir haben da etwas übersehen: Die Ideologie des Rassismus ist älter als der Nationalsozialismus. Wenn wir Rassismus beenden wollen, müssen wir unsere Kolonialgeschichte kennen. Fangen Sie doch einfach an, indem Sie über „Menschenzoos“ lesen (ab S. 18).*

*Ihre Anna Kaufmann*

ANKLAGEN im Internet:

Online-Ausgabe: [www.anklagen.de](http://www.anklagen.de)

E-Mail: [info@anklagen.de](mailto:info@anklagen.de)

**Sie finden das Amnesty-Büro** in der

Wilhelmstr. 105 (im Glasanbau, Untergeschoss), 72074 Tübingen,

Internet: [www.amnesty-tuebingen.de](http://www.amnesty-tuebingen.de)

**Beratungstermine für Interessenten**

finden momentan wegen der Covid-19-Pandemie nicht vor Ort statt. Wegen einer Beratung können Sie sich aber an folgende E-Mail-Adresse wenden: [hsg@amnesty-tuebingen.de](mailto:hsg@amnesty-tuebingen.de)

# Peru in den Zeiten von Covid-19: Den Armen geht die Luft aus

Ganz früh, noch im Dunkeln, kommen sie, um sich in eine schnell anwachsende Schlange einzureihen. Rund hundert Menschen mit Schutzmasken und mannshohen Flaschen warten in der nebelig feuchten Winterluft, warten darauf, dass sich eine kleine Stahltür vor ihnen öffnet. Während des stundenlangen Ausharrens werden die gesetzlich verordneten Abstandsregeln häufig missachtet. Denn hinter der Stahltür gibt es etwas, das in dem Andenstaat Peru seit dem Ausbruch von Covid-19 ein immer rarer und teurer werdendes Gut darstellt: Sauerstoff.

Nachdem am 6. März 2020 offiziell die ersten Covid-19-Infektionen in Peru bestätigt wurden, verhängte der Präsident des Landes, Martín Vizcarra, einen sofortigen Lockdown. Dieser wurde jedoch nach 108 Tagen angesichts der wirtschaftlichen Folgen schrittweise wieder aufgehoben. Bis zum 5. September 2020 wurden in dem Andenstaat rund 683.702 Infizierte und 29.687 Todesfälle gemeldet. Den bisherigen Höhepunkt gab es am 29. Juli mit

69074 neuen Infizierten. Damit ist Peru zur Zeit das in Lateinamerika vom Coronavirus am stärksten betroffene Land (Quelle: *Länderdaten.info*).

Das ist vor allem deshalb fatal, weil in Peru das Gesundheitssystem desaströs ist. Auf 1000 Einwohner kommen 1,6 Krankenhausbetten. Zum Vergleich: Der weltweite Durchschnittswert liegt bei 2,7 Betten pro 1000 Einwohner. In der EU sind es sogar 5,6 Betten, die für je-

weils 1000 Einwohner zur Verfügung stehen.

Auch im Hinblick auf die medizinische Versorgung durch ärztliches Fachpersonal liegt Peru im globalen Vergleich unter dem Durchschnitt. Nach dem derzeitigen Stand (2020) sind in dem Land 41.300 ausgebildete Ärztinnen und Ärzte tätig. Auf 1000 Einwohner kommen somit nur 1,27 medizinisch ausgebildete Fachleute. Auch hier ist ein Vergleich aufschlussreich: Weltweit beläuft



*Eine junge Frau wird in der Klinik mit Sauerstoff versorgt. Die Bedingungen in den Kliniken sind oft desaströs.*

*Foto AP, Quelle: <https://taz.de/picture/4317102/948/25689133-2.jpeg>*



*Die Menschen müssen sich eigene Sauerstoffflaschen kaufen und zu den Lieferanten mitbringen.*

*Foto dpa; Quelle: <https://taz.de/picture/4317102/948/peru-bolivien-corona-covid-19-sauerstoff-1.jpeg>*

sich dieser Standard auf 1,50 Ärzte pro 1000 Einwohner und in der EU liegt der Wert sogar bei 3,57. (Quelle: *Länderdaten.info*).

In den peruanischen Krankenhäusern sind nicht nur die Betten auf den Intensivstationen knapp, es gibt auch nicht genügend medizinischen Sauerstoff, um die an Corona erkrankten Patientinnen und Patienten zu versorgen. Innerhalb von kurzer Zeit ist die Nachfrage nach Sauerstoff auf das Drei- bis Vierfache gestiegen. Im Regelfall müssen sich die Familien der Betroffenen selbst darum kümmern, das lebensrettende Gas zu besorgen und zu ihren Angehörigen ins Krankenhaus zu bringen. Schwer an Covid-19 erkrankte Menschen brauchen innerhalb von 24 Stunden durchschnittlich zwischen 20 und 40 Kubikmeter Sauerstoff. In der Hauptstadt Lima muss man beim Sauerstofflieferanten für 20 Kubikmeter Sauerstoff momentan umgerechnet zwischen 80 und 100 Euro bezahlen (Quellen: *taz* und *Magazine unabhängiger Reporter*; Stand: August 2020). *Der Spiegel* berichtet, dass die Kosten in der Provinz noch deutlich höher liegen. Im südlichen Arequipa etwa kostet die Füllung der Sauerstoffflasche umgerechnet an die 500 Euro. Erschwerend kommt hinzu, dass der Preis für einen Sauerstoffbehälter auf dem Schwarzmarkt bei ungefähr 1500 Euro pro Stück liegt. Der Mindestlohn liegt in dem Schwellenland bei 250 Euro – monatlich.

Peru ist eine der vielen Nationen, in denen die Schere zwischen Arm und Reich besonders stark auseinandergeht. Laut dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung konnten bei der Bekämpfung von sozialer Ungleichheit im Land zwar schon einzelne Erfolge verbucht werden; jedoch ist die Armut in den ländlichen Regionen des Andenhochlandes, am Ostabhang der Anden, in Amazonien und unter der indigenen Bevölkerung nach wie vor stark ausgeprägt. Dementsprechend hoch ist der Prozentsatz der im informellen Sektor Beschäftigten: Rund 70 Prozent der arbeitnehmenden Bevölke-

rung ist im informellen Sektor – und damit außerhalb jeglicher staatlicher Sicherheitssysteme – tätig. Das bedeutet, dass es sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht leisten kann, etwa bei einem Lockdown zu Hause zu bleiben. Für Straßenverkäufer gibt es kein Home Office. Lediglich 26 Prozent der Peruanerinnen und Peruaner sind formelle Angestellte und verfügen über eine Krankenversicherung. Der Großteil der Bevölkerung hat wenig Möglichkeiten, Geld zurückzulegen. In den meisten Familien reicht es nicht, wenn die Mitglieder ihr Geld zusammenlegen. Viele müssen Schulden aufnehmen.

Seit den 1990er Jahren herrschen in Peru die Leitsätze einer neoliberalen Politik. Der Staat hat wenig zu sagen und ist Marktinteressen untergeordnet. Das öffentliche Gesundheitssystem wird nicht als Dienstleistung, sondern vielmehr als Almosen des Staates aufgefasst. Patricia García, die von 2017 bis 2018 als Gesundheitsministerin tätig war, bringt das Problem auf den Punkt: „98 Prozent des staatlichen Gesundheitspersonals arbeitet auch im Privatsektor. Dies führt zu einer weit verbreiteten Korruption.“ Als Beispiele verweist sie auf Ärzte, die in staatlichen Krankenhäusern ange-



*Stundenlang müssen die Menschen anstehen, um Sauerstoff für ihre erkrankten Angehörigen zu bekommen.*

*Foto AFP; Quelle: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/coronavirus-in-peru-viele-tote-weil-sauerstoff-fehlt-a-8e1b50d0-2e22-4f39-838d-6db0c9e2e56c#bild-995aa86a-6c08-43f-b253-9984130b1d74>*

stellt sind, sich die meiste Zeit jedoch in Privatkliniken aufhalten. Nehmen Geräte wie Computertomografen in öffentlichen Krankenhäusern Schaden, kommt es selten zu einer Reparatur. Eher schickt der amtierende Arzt die Patienten in eine private Röntgenpraxis, die ihm oder befreundeten Mediziner gehört. Nicht selten kommt es vor, dass die Klinik und die Bank, bei denen die Patienten ein Darlehen aufnehmen, um für ihre Klinikrechnung aufkommen zu können, denselben Besitzer haben. In der Zeit von Covid-19, in der die öffentlichen Krankenhäuser noch überfüllter sind als sonst, müssen Coronapatienten in Privatkliniken Garantiezahlungen von bis zu umgerechnet 10.000 Euro bezahlen, bevor sie aufgenommen werden. Dies führte soweit, dass die peruanische Regierung diesen Privatkliniken schließlich mit Enteignung drohte. Nun regelt eine Pauschale die Gebühr, die für vom Staat überwiesene Coronapatienten fällig wird, wenn sie in einer Privatklinik Betreuung suchen.

Vor diesem Hintergrund ist es wenig erstaunlich, dass auch der zwischen Leben und Tod entscheidende Sauerstoff zu einer lukrativen Investition wird. Bereits Ende April warnte die staatliche Ombudsstelle *Defensoria del Pueblo* vor Sauerstoffmangel und empfahl, eine Preiskontrolle einzuführen. Dies ist bis heute nicht erfolgt. Denn in Peru dominiert und kontrolliert ein Kartell von zwei internationalen Firmen den Handel mit Sauerstoff. Bei diesen beiden Anbietern handelt es sich einerseits um die ursprünglich deutsche Unternehmensgruppe *Linde*, die unter dem Namen *Praxair* 80 Prozent des medizinischen und industriellen Sauerstoffbedarfs zur Verfügung stellt, und andererseits um die deutlich kleinere US-amerikanische Firma *AirProducts*. In einem Bericht vom 6. Juni 2020 sieht die staatliche Ombudsstelle die Monopolstellung dieser ausländischen Betriebe als einen zentralen Grund für den Sauerstoffmangel im Land an.



*Auto statt Krankenhaus: Vor dem Honorio Delgado Regional Krankenhaus in Ariquipa werden Patienten mit Sauerstoff versorgt. Die Kliniken sind überbelegt und teilweise sehr teuer.*

*Quelle: EPA-EFE/ Shutterstock*

Zum Einen konnten sich *Linde* und *AirProducts* diese Vormachtstellung erwirtschaften, weil sie in den letzten 15 Jahren systematisch kleinere Sauerstofflieferanten aufkauften. Zum Anderen profitieren sie von einer technischen Vorschrift, die durch das peruanische Gesundheitsministerium im Jahr 2010 gesetzlich verankert wurde. Diese Vorschrift besagt, dass nur 99-prozentiger Sauerstoff in Krankenhäusern Verwendung finden darf. Diese Regel gilt ausschließlich in Peru. In den Nachbarländern reicht es, wenn der Sauerstoff einen Reinheitsgrad von mindestens 93 Prozent aufweist. Viele kleinere einheimische Anbieter konnten dieser Vorschrift nicht Folge leisten und mussten ihr Geschäft schließen. So kommt es, dass sich nun zwei internationale Konzerne an den Auswirkungen der Pandemie in Peru bereichern können.

Ein weiterer wirtschaftlicher Faktor trägt im Andenstaat zur Sauerstoffknappheit bei. Der Staat sieht die Aufrechterhaltung des Bergbaubetriebs als systemrelevant an. Die meisten Bergbauunternehmen laufen auch während des Lockdowns. Dieser Umstand hat dazu geführt, dass die Nachfrage nach medizinischem Sauerstoff nun mit der nach

industriellem Sauerstoff konkurriert. Um dieses Problem zu beheben, erließ die Regierung am 4. Juni 2020 ein Notdekret. Dieses verordnet, dass die Produktion von medizinischem Sauerstoff vor der Herstellung von industriellem Sauerstoff Priorität haben muss. Entsprechende Verträge, die diese Regelung mit den Sauerstofflieferanten *Linde/Praxair* und *AirProducts* verankern, liegen jedoch nach wie vor nicht vor. Auf die Nachfrage der freien Journalistin Hildegard Willer, wieviel Sauerstoff der Anbieter *Linde/Praxair* derzeit für die Industrie und wieviel er für den medizinischen Sektor herstelle, blieb die Antwort aus.

Wie Amnesty International mit Blick auf Lateinamerika als ein Epizentrum der Corona-Pandemie vermerkt, treten durch das Virus strukturelle Probleme nicht nur offen zutage, sondern verstärken sich auch noch. „Wenn wir jetzt nichts tun, um endlich unser System grundlegend zu reformieren, dann haben wir verloren“, sagt die Gesundheitswissenschaftlerin Camila Gianella (Quelle: *Magazine unabhängiger Reporter*; Stand: August 2020).

*Susa und Joi Garbe*

# Belarus am Scheideweg

Mit diesen Worten begrüßt Alexander Lukaschenko die Besucher\*innen der offiziellen Website des Präsidenten der Republik Belarus.

Quelle: <http://president.gov.by/en/>



The State for the People!

## BELARUS

*We, the people of Belarus,  
will be determining our future  
and our path of development!*

*a. lukashenko*

„Der Präsident von Belarus ist das Staatsoberhaupt des Landes, der Hüter der Verfassung und der Rechte und Freiheiten der Menschen und Bürger. Seine Vollmachten sind in der belarussischen Verfassung und im Gesetz über den Präsidenten der Republik definiert. Alexander Lukaschenko ist gegenwärtig Präsident von Belarus. Er wurde 1994 zum Präsidenten gewählt und ist aktuell in seiner fünften Amtszeit. Der Präsident wird direkt vom Volk auf fünf Jahre gewählt.“

Auszug aus der offiziellen Website der Republik Belarus: [www.belarus.by](http://www.belarus.by)

Hunderttausende Bürger\*innen der Republik Belarus gingen nach der offiziellen Verkündung des offensichtlich gefälschten Ergebnisses der Präsidentschaftswahl vom 9. August 2020 auf die Straßen und forderten das, was für Präsident Lukaschenko nur eine wirkungslose Floskel ist: *Alle Macht geht vom Volke aus*. In den Tagen nach der Wahl kam es zu ungesetzlichen Verhaftungen von Demonstrant\*innen, zu Polizeigewalt auf der Straße und Misshandlungen in den Gefängnissen. Marie Struthers, Direktorin für Osteuropa und Zentralasien bei Amnesty International, bezeichnete die Lage in Belarus als „mensenrechtliche Katastrophe“:

*„Von Personen, die inhaftiert wurden, wissen wir, dass die Hafteinrichtungen Folterkammern gleichen, in denen Protestierende auf dem Boden liegen müssen, während sie von Sicherheitskräften getreten und mit Schlagstöcken malträtiert werden. Sie beschrieben, wie sie sich ausziehen mussten und dann auf sadistische Weise geschlagen wurden, während sie die Schreie anderer Betroffener hören konnten. Es handelt sich hierbei um Menschen, deren einziges 'Verbrechen' es war, sich an friedlichen Protesten zu beteiligen.“*

Die Minsker Bürgerin Katsyaryna Novikava sagte Amnesty International, dass sie am Abend des 10. August im Stadtzentrum festgenommen worden sei, als sie gerade auf dem Weg zu einem Supermarkt war. Sie verbrachte 34 Stunden in einem speziellen Haftzentrum für die Iso-

lierung von Straffälligen. Ihren Angaben zufolge war der gesamte Gefängnishof voll mit Männern, die sich auf den Boden legen mussten. Im Innern des Haftzentrums wurden Dutzende Männer gezwungen, sich nackt auszuziehen und auf allen Vieren zu knien, während sie von Sicherheitskräften getreten und mit Knüppeln geschlagen wurden.



Belarussische Polizeikräfte nehmen am 10. August 2020 in Minsk zwei Frauen fest, die sich an regierungskritischen Protesten beteiligt haben.

© Natalia Fedosenko/TASS

Katsyaryna Novikava musste sich ebenfalls hinknien und die Schreie der Folteropfer mit anhören. Sie teilte sich eine für vier Personen

ausgelegte Zelle mit 20 weiteren Frauen. Sie schliefen auf dem Boden, erhielten weder Wasser noch Nahrungsmittel und hatten keinen Zugang zu medizinischer Versorgung. Mehrere weibliche Mitgefangene erzählten Katsyaryna Novikava, dass sie von Sicherheitskräften mit Vergewaltigung bedroht worden waren. Erst 22 Stunden nach ihrer

Festnahme wurde ihr offiziell mitgeteilt, dass man ihr vorwarf, an einer nicht genehmigten Versammlung teilgenommen zu haben. Als man sie am frühen Morgen des 12. August freiließ, sagten die Polizist\*innen zu ihr: „Wir haben alle deine Daten. Wenn wir dich hier nochmal sehen, bringen wir dich um.“ Ihre Habseligkeiten, darunter auch ihr Reisepass und ihre Wohnungsschlüssel, gab man ihr nicht zurück.

Ungeklärt war Mitte August noch, was mit mehreren Hundert bei Demonstrationen Festgenommenen geschehen ist. Nach Informationen von Amnesty International könnten in einigen dieser Fälle die Inhaftierten dem Verschwindenlassen zum Opfer gefallen sein. Viele Menschen sind seit

dem 9. August durchgehend inhaftiert. Nach Angaben des Innenministeriums von Belarus wurden in den ersten vier Protesttagen 6.700

Personen festgenommen. Familienangehörige und Rechtsbeistände von Dutzenden Gefangenen hatten erfolglos versucht, deren Verbleib in Erfahrung zu bringen. Sie erkundigten sich auf Polizeiwachen und bei den Gerichtsbehörden und wiesen darauf hin, dass niemand ohne anwaltlichen Beistand vor Gericht gestellt werden dürfe. Am 12. August ging die Einsatzpolizei mit Gewalt gegen ca. 200 Verwandte von Inhaftierten vor, die sich friedlich vor der Hafteinrichtung Akrestsyna versammelt hatten. Am 1. September wurden bei Demonstrationen 128 Personen festgenommen, darunter zahlreiche Studierende, die dem Aufruf der Opposition gefolgt waren, den Semesterbeginn zu boykot-

zess zu steuern, der zu einer geordneten und freien Neuwahl eines Präsidenten führe. Lukaschenko lehnte dies umgehend ab: „Wir haben schon Wahlen abgehalten. Bis ihr mich umbringt, gibt es keine neuen Wahlen“, sagte er nach Angaben des Medienportals tut.by in einer Rede vor Mitarbeiter\*innen einer Traktorenfabrik. Lukaschenko sieht fremde Mächte am Werk, die innerhalb und außerhalb des Landes aktiv seien, um Belarus ins Chaos zu stürzen. Der Russischen Föderation warf er schon vor den Wahlen vor, mit Hilfe der Söldnertruppe „Wagner“ einen Umsturz zu planen, nun beschuldigt er die NATO, Truppen an der Westgrenze des Landes zusammenzuziehen: Sowohl der



Polizei in Minsk am 10. August 2020

© Valery Sharifulin/ITAR-TASS

tieren. Unter diesen Inhaftierten befinden sich auch Journalisten, die über die Proteste berichteten: Sechs von ihnen stehen bei Redaktionsschluss unter Anklage und sind im Gefängnis. Das Lukaschenko-Regime geht gezielt gegen Journalist\*innen vor, weil es unabhängige Medien für die Proteste verantwortlich macht.

Am 17. August traten erstmals Arbeiter\*innen und Angestellte staatlicher Unternehmen in den Streik und Journalist\*innen einzelner staatlicher Medien distanzierten sich vom Regime und forderten im Fernsehen ihr Recht auf Pressefreiheit ein. Die Gegenkandidatin Lukaschenkos bei der Präsidentschaftswahl, Swetlana Tichanowskaja, erklärte am selben Tag vom litauischen Exil aus, dass sie bereit sei, die Führung des Landes zu übernehmen, um einen Pro-

zess zu steuern, der zu einer geordneten und freien Neuwahl eines Präsidenten führe. Lukaschenko lehnte dies umgehend ab: „Wir haben schon Wahlen abgehalten. Bis ihr mich umbringt, gibt es keine neuen Wahlen“, sagte er nach Angaben des Medienportals tut.by in einer Rede vor Mitarbeiter\*innen einer Traktorenfabrik. Lukaschenko sieht fremde Mächte am Werk, die innerhalb und außerhalb des Landes aktiv seien, um Belarus ins Chaos zu stürzen. Der Russischen Föderation warf er schon vor den Wahlen vor, mit Hilfe der Söldnertruppe „Wagner“ einen Umsturz zu planen, nun beschuldigt er die NATO, Truppen an der Westgrenze des Landes zusammenzuziehen: Sowohl der Kreml als auch Brüssel demotivieren solche Aktivitäten offiziell. Ob die Proteste Erfolg haben? Gelingt es den Demonstrierenden und Streikenden, Lukaschenko aus dem Amt zu jagen und das repressive System zu überwinden? Proteste hat es auch schon nach früheren Präsidentschaftswahlen gegeben: Seit Lukaschenkos Amtsantritt 1994 – infolge eines Sieges in freien Wahlen – gab es keine freien und fairen Wahlen mehr in Belarus. Swetlana Tichanowskaja trat als Kandidatin bei der Präsidentschaftswahl an, weil ihr Mann Sergej zur Wahl nicht zugelassen wurde: Das Regime nahm ihn am 6. Mai 2020 fest und verurteilte ihn zu 15 Tagen Haft; kein Vorbestrafter kann kandidieren. Aus demselben Grund konnten auch ein Gegenkandidat Lukaschenkos aus dem Jahr 2010, Mikola Statkewitsch, nicht erneut bei der Präsidentschaftswahl antreten: Er war 2011 wegen Beteiligung an den Demonstrationen nach den Präsidentschaftswahlen 2010 zu sechs Jahren Haft verurteilt worden und befand sich

seit Januar 2012 in einem besonders streng geführten Gefängnis. Er rechnete damit, im Januar 2015 in eine Strafkolonie verlegt zu werden, um dort den Rest seiner Strafe zu verbüßen. Das EU-Parlament, Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen setzten sich für Statkewitschs Freilassung ein – mit Erfolg: Er wurde im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2015 freigelassen, vor der aktuellen Präsidentschaftswahl wurde er wieder inhaftiert, weil er angeblich eine nicht genehmigte Demonstration organisiert hatte.

### Die Unterdrückung von Menschenrechten durch „Europas letzten Diktator“

„Schon von weitem hörte ich die Sprechchöre: Belarus, Belarus. Es waren weibliche Stimmen. Dazu ein rhythmisches Geräusch. Als ich in Sichtweite kam, sah ich, daß es das Trommeln von Schlagstöcken auf Polizeischildern war. Ich blieb stehen, mit mir fünf oder sechs Passanten, einen Moment kehrte vollkommene Stille ein. Dann brach das Tosen los. Die Spezialtruppen der Miliz rasten ohne vorheriges Kommando in die Menge, eine weißrot-weiße Fahne sank in die Tiefe. Die Jugendlichen wichen nach allen Seiten aus, um den Schlägen der Uniformierten zu entgehen, da erst bemerkten sie, daß sie von Zivileinbeuten eingekesselt waren. Die zielten vornehmlich auf die Schienbeine, traten die am Boden Liegenden in den Unterleib, zerschlugen Gitarren und Tablas auf dem Pflaster. Vereinzelt waren noch immer Stimmen zu hören, die Belarus, Belarus skandierten.“

Martin von Arndt in seinem 2012 erschienenen Roman „Oktoberplatz“. Für die Arbeit an diesem Roman lebte und recherchierte der Autor über mehrere Monate im Milieu belarussischer Oppositioneller in Minsk.

In Belarus ist das Recht auf Versammlungsfreiheit seit vielen Jahren stark eingeschränkt. Das Gesetz über Massenveranstaltungen stellt jede Form von öffentlichen Versammlungen oder Protestveranstaltungen unter Strafe, wenn sie von den Behörden nicht ausdrücklich

genehmigt sind. Ziviler Ungehorsam wird konsequent strafrechtlich verfolgt.

Die systematische Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung erfolgt in Belarus auf der Grundlage des Gesetzes über Massenmedien, das im Dezember 2014 verabschiedet wurde. Alle Medien werden von der Regierung kontrolliert. Journalisten, die in Belarus für ausländische Medien arbeiten, müssen beim Außenministerium eine Akkreditierung einholen, die jedoch häufig verweigert oder auf unbestimmte Zeit verschoben wird. Das Informationsministerium kann Internetprovider dazu zwingen, den Zugang zu bestimmten Webseiten ohne entsprechenden Gerichtsbeschluss zu sperren. Der rechtliche Rahmen für geheimdienstliche Überwachung erlaubt es den belarussischen Behörden, ohne nennenswerte Begründung weitreichende Überwachungsmaßnahmen durchzuführen. Durch das Spähprogramm SORM (*System of Operative-Intelligence Measures*), das die Überwachung der gesamten elektronischen Kommunikation ermöglicht, haben die Behörden direkten Zugriff auf Telefon- und Internetverbindungen und die entsprechenden Daten.

Insbesondere im Umfeld von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sind seit Lukaschenkos Amtsantritt 1994 Journalist\*innen zunehmend in ihrer Arbeit behindert, verfolgt und inhaftiert worden. Ende Juli 2020 forderten 213 Vertreter\*innen unabhängiger Medien die Behörden von Belarus in einem Offenen Brief auf, mit der Verfolgung unabhängiger Journalist\*innen aufzuhören. Belarus belegt aktuell Platz 153 (von 180) auf der Rangliste der Pressefreiheit, die von *Reporter ohne Grenzen* jährlich neu erstellt wird.

Der 1995 geborene Aktivist Dzmitry Paliyenka ist einer von zahlreichen gewaltlosen politischen Gefangenen, die vom Regime Lukaschenko systematisch verfolgt werden. Er wurde 2016 erstmals offiziell wegen „Gewalt oder Gewaltan-



*Der damals 21-jährige  
Dzmitry Paliyenka 2016 vor Gericht*  
© tut.by

drohung gegen Mitarbeiter der Strafverfolgungsbehörden“ und „Produktion oder Verbreitung von pornografischem Material“ inhaftiert. Die Anklagen waren konstruiert und bezogen sich auf eine Fahrraddemonstration in der Hauptstadt Minsk am 29. April 2016, mit der friedlich gegen die Einschränkungen für Radfahrer\*innen demonstriert werden sollte. Am 7. April 2017 wandelte das Bezirksgericht Zavadski in Minsk die 2016 gegen Dzmitry Paliyenka verhängte Bewährungsstrafe in eine zweijährige Gefängnisstrafe um, nachdem er in der Zwischenzeit zwei Verwaltungshaftstrafen erhalten hatte. Die erste siebentägige Verwaltungsstrafe erging am 10. März 2017 wegen Rowdytum und Widerstand gegen die Staatsgewalt, weil er als Zuschauer in einem Gerichtsverfahren Kritik am Urteil geäußert hatte, die zweite von 15 Tagen wurde am 20. März 2017 wegen „Organisation oder Beteiligung an nicht genehmigten Massenveranstaltungen“ verhängt, weil er am 25. Februar friedlich gegen eine Baumaßnahme im Zentrum von Minsk protestiert hatte. Nach seinem Haftantritt im April 2017

wurde Amnesty International immer wieder berichtet, dass Dzmitry Paliyenka von den Gefängnisbehörden ins Visier genommen und unverhältnismäßig streng behandelt wurde. Er verbrachte jeden Monat zehn Tage in Einzelhaft und sein monatliches Geldbudget wurde um ein Drittel gekürzt. Seine Post wurde nicht an ihn weitergeleitet und einige seiner Briefe wurden nicht versandt. Im Juli 2018 forderte Amnesty International dazu auf, *Briefe gegen das Vergessen* für Dzmitry Paliyenka an den belarussischen Generalstaatsanwalt zu schreiben; im Oktober 2018 wurde Dzmitry Paliyenka freigelassen, allerdings nur wenige Monate später, am 20. März 2019, erneut verhaftet. Dieses Mal wurde ihm „böswilliger Hooliganismus und der Einsatz von Pfefferspray gegen eine andere Person“ vorgeworfen. Der Einsatz von Pfefferspray zur Selbstverteidigung ist in Belarus gesetzlich erlaubt und Paliyenka beharrte vor den Behörden darauf, aus Notwehr gehandelt zu haben. Drei weitere Anklagepunkte wurden hinzugefügt: „Beleidigung eines Vertreters der Obrigkeit“, „Anstiftung zum Hass aus rassistischen, ethnischen, religiösen oder anderen gesellschaftlichen Gründen“ sowie „Verunstaltung von Gebäuden und Sachbeschädigung“, weil er ein Graffito auf eine Wand gemalt hatte. Alle Anklagepunkte sind – wie schon die früheren Verurteilungen – aus der Sicht von Amnesty International ausschließlich politisch motiviert, weil Paliyenka sein Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit immer wieder öffentlich wahrnimmt. Zwischenzeitlich freigelassen, wurde Paliyenka im Vorfeld der Präsidentschaftswahl am 27. Juli 2020 erneut festgenommen und befindet sich bei Redaktionsschluss noch immer in Verwaltungshaft.

Der Leiter der Menschenrechtsorganisation *Homel Centre for Strategic Litigation*, Leanid Sudalenka, erhielt im März 2015 per E-Mail mindestens zwei Morddrohungen. Die Behörden lehnten es jedoch ab, Er-

mittlungen einzuleiten. Am 8. April 2015 durchsuchte die Polizei seine Wohnung und sein Büro, und am 14. April wurde ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet. Man beschuldigte ihn, über E-Mail Pornographie verbreitet zu haben. Leanid Sudalenka sagte, Hacker hätten sich Zugang zu seinem E-Mail-Konto verschafft. Seiner Überzeugung nach ist der Grund für die Repressalien gegen ihn, dass er Opfern von Menschenrechtsverletzungen dabei geholfen hat, Beschwerde beim UN-Menschenrechtsausschuss einzulegen. Zuletzt hatte Olga Haryunou mit seiner Unterstützung am 28. Februar 2015 Beschwerde eingereicht. Ihr Sohn war am 22. Oktober 2014 im Geheimen hingerichtet worden, und sie verlangte Auskunft darüber, wo er begraben sei.

### Forderungen an das Lukaschenko-Regime

Die Außenminister\*innen der Europäischen Union forderten am 14. August 2020 die belarussischen Behörden auf, die unangemessene und inakzeptable Gewaltanwendung gegen friedliche Demonstrierende unverzüglich einzustellen. Die EU erwarte, dass unrechtmäßig Inhaftierte unverzüglich freigelassen, die Vorwürfe der Folter und Misshandlung transparent untersucht und Verantwortliche dafür ggf. zur Rechenschaft gezogen werden. Aus Sicht der EU war die Präsidentschaftswahl „weder frei noch fair“ und das Ergebnis sei „gefälscht worden“, weshalb man das Ergebnis der Wahl nicht anerkenne.

Die Staats- und Regierungschefs der EU bekräftigten wenige Tage später, am 19. August 2020, diese Position. In der Erklärung nach ihrem Video-Gipfeltreffen heißt es:

*„Die Wahlen vom 9. August waren weder frei noch fair, und deshalb erkennen wir die Ergebnisse nicht an. Die Menschen in Belarus haben ein Recht darauf, über ihre Zukunft zu bestimmen. Die Mitglieder des Europäischen Rates bekunden ihre eindeutige Solidarität mit den Menschen in Belarus, die danach streben, ihre grund-*

*legenden demokratischen Rechte auszuüben.“*

### Quo vadis, Belarus?

Die Proteste nach der aktuellen Präsidentschaftswahl haben eine andere Dynamik als jene der früheren Jahre. Die Größe und Dauer der Demonstrationen, die Streikbewegung in den Staatsbetrieben und der Verlust der Kontrolle über einzelne Fernsehsender zeigen deutlich, dass das Regime Lukaschenko an Stabilität verliert. Wenig ist gefährlicher für Diktatoren als das Schwinden der Angst auf Seiten der Unterdrückten: Wenn die Funktionselementen realisieren, dass der Unterdrückungsapparat sie nicht mehr vor den rechtsstaatlichen Konsequenzen ihres Handelns bewahren kann, tendieren diese dazu, die Seiten zu wechseln. Es könnte also sehr schnell sehr einsam werden um Alexander Lukaschenko.

Die historischen Beispiele DDR und Tschechoslowakei zeigen, dass der Protest gegen offensichtlich gefälschte Wahlen zu einer Freiheitsbewegung werden kann, die zum Regimewechsel und zur dauerhaften Etablierung demokratischer Strukturen führt. Was vor 30 Jahren dort gelang, muss sich anderswo nicht zwingend wiederholen: Die Proteste gegen die unfaire Präsidentschaftswahl 2004 in der Ukraine mündeten zwar in der sog. *Orangen Revolution*, es gelang aber nicht, stabile rechtsstaatliche und demokratische Strukturen aufzubauen und die innergesellschaftlichen Konflikte zu befrieden. Stattdessen glitt das Land nach den Maidan-Protesten Ende 2013 als Spielball geopolitischer Interessenpolitik Russlands und der EU in einen militärischen Konflikt ab, der bis heute andauert.



*Im Nordwesten und Westen EU-Staaten, im Süden die Ukraine und im Nordosten und Osten der große Nachbar Russland: Die Republik Belarus, im Deutschen auch Weißrussland genannt. „Bela“ steht für „weiß“, farbsymbolisch aber auch für „westlich“. Der Name Belarus bezeichnet das Gebiet der westlichen „Rus“, des mittelalterlichen slawischen Herrschaftsgebiets.*

*© Creative Commons, Wikipedia*

Auch der Blick in den Nahen Osten und nach Nordafrika zeigt, dass der Sturz eines Alleinherrschers nicht zwingend zu einer dauerhaften Änderung oder gar Besserung der menschenrechtlichen Lage führen muss: Ägypten erlebte nur eine kurze demokratische Phase und ist nach dem Sturz des ersten frei gewählten Präsidenten Mohammed Mursi 2013 wieder zur faktischen Militärdiktatur zurückgekehrt. Libyen ist seit dem Tod Muammar al-Gaddafis im Oktober 2011 ein *gescheiterter Staat*, in dem Anarchie und Chaos herrschen und die menschenrechtliche Situation schlimmer ist als je zuvor. Der Versuch, das Assad-Regime im Frühjahr 2011 auf friedlichem Wege zu stürzen, führte zu einem Bürgerkrieg, der seit Jahren internationalisiert ist und weite Teile des Landes zerstört hat: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung musste mittlerweile ihr Zuhause verlassen, über fünf Millionen Syrer\*innen leben als Flüchtlinge im Ausland, mehr als sechs Millionen sind innerhalb des Landes auf der Flucht.

Die kommenden Wochen und Monate werden zeigen, welchen Weg die knapp neun Millionen Bürger\*innen von Belarus bereit sind zu gehen – und welcher Weg für die Mächtigen innerhalb und außerhalb des Landes akzeptabel ist.

*Joachim Lerchenmüller*

## Das Ziel ist es, Menschen zu brechen

Nicht von ungefähr beschäftigt sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte immer wieder mit den Zuständen in den Haftanstalten der Russischen Föderation. Den Gefangenen fehlt es nicht nur an Medikamenten und Lebensmitteln – sie werden gedemütigt, misshandelt und gefoltert. 0,4 Prozent der russischen Bevölkerung ist inhaftiert, fünfmal so viele wie in Deutschland. Etliche der Gefangenen haben lediglich ihr Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen. Trotz gesetzlich verordneter Überwachungskameras in den Hafteinrichtungen ist es schwierig, Folterbeweise sicherzustellen. Die Vollzugsbeamten sind findig im Verschleiern ihrer Taten. Nach Statistiken des russischen Ermittlungskomitees, das direkt dem Präsidenten untersteht und unter anderem für die Überwachung von Polizeikräften zuständig ist, wurden nur bei 1,7 bis 3,2 Prozent der gemeldeten Foltervorwürfe Ermittlungen durchgeführt. Die Täter gehen fast immer straffrei aus. Die Corona-Pandemie verschärft die Lage der Inhaftierten.

Russland wird unter Präsident Putin zunehmend autokratisch regiert. Wer Grundwerte wie Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit einfordert, muss mit Schikanie, Misshandlung durch die Polizei, willkürlicher Festnahme, Strafverfolgung und sogar mit Inhaftierung rechnen. Menschenrechtler gehen davon aus, dass ein Drittel der Häftlinge unschuldig ist. Ein weiteres Drittel verbüße unangemessen hohe Strafen. Nach Angaben der nationalen Gefängnisverwaltung waren im Frühjahr 2020 etwa 517.000 Menschen in russischen Gefängnissen inhaftiert. Dabei ist die Zahl der Gefangenen in den letzten 20 Jahren deutlich gesunken: Im Jahr 2000 lag sie noch bei einer Million.



*Die russische Journalistin und Bürgerrechtlerin Olga Romanowa, Leiterin der Gefangenenhilfsorganisation Rus Sidjaschaja*

Quelle: [www.dw.com/de/corona-unmut-in-russlandsgef%C3%A4ngnissen/a-53353505](http://www.dw.com/de/corona-unmut-in-russlandsgef%C3%A4ngnissen/a-53353505)

Kaum geändert haben sich in dieser Zeit aber die katastrophalen Haftbedingungen: Im Schnitt gibt der russische Staat täglich für jeden Gefangenen etwas mehr als zwei Euro aus; zum Vergleich: In Deutschland wird das Sechzigfache ausgegeben. Die karge Gefängnisnahrung – z.B. eine Suppe aus getrockneten Kartoffeln, selten etwas Frisches – wird durch Korruption und Diebstahl noch geschmälert. Ganze Wagenladungen der für die Gefangenen vorgesehenen Lebensmittel werden abtransportiert und landen in dunklen Kanälen. Die Wärter sind schlecht bezahlt, das fördert die Korruption. Häftlinge, die nicht die finanziellen Mittel haben, sich im Gefängnisladen zu versorgen, sind auf die Hilfe von Verwandten oder

Freunden angewiesen, die ihnen Essenspakete, Medikamente und anderes Notwendige schicken oder bei ihren Besuchen mitbringen.

### **Folter – verboten und doch Alltag in russischen Gefängnissen**

Folter ist in Russland gesetzlich verboten. Bereits die Sowjetunion hatte die Antifolterkonvention der Vereinten Nationen im Jahr 1987 ratifiziert. Im Mai 1998 hat die Russische Föderation zu-

sätzlich das im November 1987 verabschiedete Europäische Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe ratifiziert. Nach Erkenntnissen von Amnesty International werden trotzdem in russischen Gefängnissen jedes Jahr Hunderte Menschen Opfer von Folter und Misshandlung. Nicht die Resozialisierung – etwa durch das Erlernen von Berufen während der Haft – sondern die Bestrafung steht im Vordergrund. Bis auf wenige Ausnahmen sei das russische Gefängnisssystem darauf ausgerichtet, Menschen zu erniedrigen und zu brechen, so die russische Journalistin und Bürgerrechtlerin Olga Romanowa, Leiterin der Gefangenenhilfsorganisation Rus Sidjaschaja (frei übersetzt: Russland hinter Gittern). Es wird psychische und physische Gewalt angewandt. Den Straftatbestand der Folter gibt es in der russischen Gesetzgebung nicht. Die wenigen Täter, die sich wegen Misshandlungen und Folter vor Gericht verantworten mussten, wurden wegen „Amtsmissbrauchs“ angeklagt.

Die gemeinnützige Stiftung Nushna Pomosch (Nötige Hilfe) erhielt im Dezember 2019 vom russischen Ermittlungskomitee Statistiken über Folterungen in russischen Haftanstalten. Demnach gab es von 2015 bis 2018 jährlich zwischen 1.590 und 1.881 Beschwerden wegen „Amtsmissbrauchs“ durch

Der Dankesbrief eines Häftlings an die Gefangenenhilfsorganisation Rus Sidjaschaja (Russland hinter Gittern): „Rus Sidjaschaja, ich habe euer Päckchen bekommen und mich sehr gefreut. Ich habe sonst niemanden, der mir etwas schickt. Ich bin euch sehr dankbar. Als ich im Trakt saß und mein Name gerufen wurde und es hieß: ‚Hol’ dein Päckchen ab!’, da bin ich halb verrückt geworden.“

*Quelle: SWR2 Wissen: Strafvollzug in Russland – Zwischen Folter und Reform*

Strafvollzugsbeamte. Die Dunkelziffer ist sicher hoch, die Misshandelten wagen es meistens nicht, die Taten zu melden, da sie dann mit Rache und noch mehr Gewalt rechnen müssen. Die Täter gehen fast immer straffrei aus. Nur bei 1,7 bis 3,2 Prozent dieser Beschwerden wurden Ermittlungen durchgeführt.

Seit 2008 gibt es die Öffentliche Aufsichtskommission (ONK), sie soll die Zustände in den Hafteinrichtungen überprüfen. Kontrollbesuche müssen vorher angemeldet werden. Durch die Tätigkeit der Kommission konnten Hunderte grausamer Fälle von Amtsmissbrauch – darunter Folter und Mord – aufgedeckt und untersucht werden. Das Mandat der ONK wurde in den letzten Jahren aber immer mehr eingeschränkt. Es gibt die regional unterschiedlich starke Tendenz, unabhängige Leute durch Menschen zu ersetzen, die selbst aus dem System kommen. In der Kommission sitzen daher vor allem Menschen, die der Regierung nahestehen, und ehemalige Mitarbeiter des Strafvollzugs. Schon die Zusammensetzung der Aufsichtskommission lässt vermuten, dass sie der Forderung von Menschenrechtlern nach mehr Transparenz und Humanität im Strafvollzug eher kritisch gegenübersteht.

### **Trotz Überwachungskameras fehlt es an Beweisen für Folter**

Seit 2014 sind alle russischen Haftanstalten gesetzlich verpflichtet, Überwachungskameras zu installieren.

Außerdem müssen die Aufseher laut Gesetz laufende Videokameras mit sich tragen. Die Aufnahmen sollen für Anwälte und Menschenrechtler zugänglich sein. Allerdings werden die Videoaufzeichnungen schon nach einem Monat gelöscht – zu früh, da die Bearbeitungszeit für derartige Anfragen üblicherweise mindestens einen Monat dauert. Um sicherzugehen, dass keine Folterbeweise existieren, misshandeln Vollzugsbeamte ihre Opfer an Orten, die die Kameras nicht erfassen, „frisieren“ die Aufnahmen oder zerstören die Geräte.

Um Folterspuren zu beseitigen, werden Gefangene auch in andere Hafteinrichtungen verlegt. Auf dem zum Teil monatelangem Weg dorthin werden die Gefangenen in überfüllte Bahnwaggons und Lastwagen gesperrt und verbringen bei Zwischenstopps Wochen in Transitzellen. Während dieser Zeit haben sie keinen Kontakt zu ihren Rechtsbeiständen und ihren Familien, die nicht über den Verbleib der Gefangenen informiert werden. Es gibt also niemanden, der Folterspuren bestätigen könnte.

Bereits diese Gefangenentransporte kommen oft der Folter gleich. Zu dieser Ansicht kam auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der sich im Mai 2017 mit acht Beschwerden aus Russland beschäftigte. Unter anderem ging es um Anna Lozinskaya und Valery Tokarev, die mehrfach mit Fahrzeugen transportiert worden waren, deren eingebaute Einzelzellen nur 0,3 Quadratmeter Fläche umfassten. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied, dass der Transport der Gefangenen durch die russischen Strafvollzugsbehörden eine grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung darstelle.

### **Sichergestelltes Foltervideo zwingt zu Ermittlungen**

Bei all den Vertuschungsversuchen grenzt es an ein Wunder, dass es im Juni 2018 Irina Birjukowa,

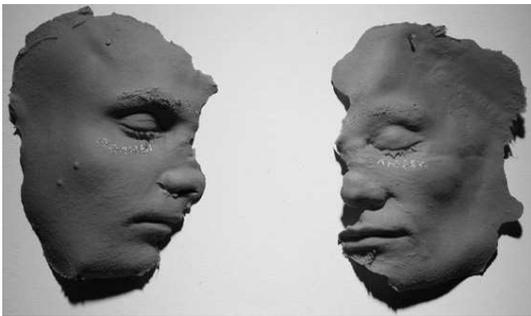
Anwältin der russischen Menschenrechtsorganisation Public Verdict, gelang, ein wohl unabsichtlich aufgenommenes Foltervideo sicherzustellen und an die Oppositionszeitung Nowaja Gazeta weiterzuleiten. Im Video, das in der Haftanstalt Nr. 1 in Jaroslawl, 300 Kilometer nordöstlich von Moskau, aufgenommen wurde, ist zu sehen, wie über ein Dutzend Justizvollzugsbeamte zehn Minuten lang den halbnackten Gefangenen Jewgeni Makarow mit Schlagstöcken und Fäusten prügeln. Er schreit und fleht die Schläger an aufzuhören. Zeitweise verliert er das Bewusstsein und bekommt Wasser über den Kopf geschüttet. Es handelte sich offensichtlich um eine Strafaktion: Jewgeni Makarow, ein Mandant Birjukowas, ist einer der Häftlinge, die sich darüber beschwert hatten, dass Spezialeinheiten des russischen Justizvollzugs FSIN, die gegen Revolten in den Gefängnissen eingesetzt werden, regelmäßig Gefangene willkürlich zusammenschlagen.

Nach Veröffentlichung des Videos brach ein Sturm der Entrüstung los. 50.000 Menschen unterschrieben eine Petition gegen Gewalt in russischen Hafteinrichtungen. Auch international stand das russische Folterproblem am Pranger. Das Ermittlungskomitee war gezwungen, ein Strafverfahren einzuleiten. Alle auf dem Video zu sehenden Wärter kamen vor Gericht. Die ersten wurden mittlerweile zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Laut der Bürgerrechtlerin Olga Romanowa hat sich der Prozess positiv auf die Lage im Gebiet Jaroslawl ausgewirkt. Nach Veröffentlichung des Videos seien in der Region keine ähnlichen Folteraktionen mehr bekannt geworden. Die Lage in anderen Regionen habe der Prozess aber nicht beeinflusst. Romanowa fordert, dass nicht nur die Wärter, sondern auch die Gefängnisleitung und die Verantwortlichen in den Behörden zur Rechenschaft gezogen werden müssten.

In der Folgezeit kamen noch mehr Foltervideos der vergangenen

Jahre an die Öffentlichkeit und weitere Justizvollzugsbeamte mussten sich wegen Folter und Misshandlung vor Gericht verantworten: In Brjansk wurde zum Beispiel ein Gefängniswärter verhaftet, der einen Gefangenen zu Tode gefoltert hatte. In Woronesch führten die Beschwerden zweier Studenten, die auf einer Polizeistation verprügelt worden waren, ebenfalls zu einem Strafverfahren.

Die mutige Anwältin Birjukowa wurde nach der Veröffentlichung des Foltervideos bedroht und musste aus Sicherheitsgründen Russland verlassen. Sie appellierte an die rus-



*Häftlinge in russischen Gefängnissen sind für immer gezeichnet – nicht nur wegen der Tätowierungen, die sie sich dort stechen lassen. Die sibirische Künstlerin Mayana Nasybullova stellt Masken her, auf die sie Tätowierungen von Strafgefangenen sticht. Damit will sie auf die inhumane Situation in russischen Gefängnissen aufmerksam machen.*

© Goethe Institut Nowosibirsk, Quelle: [www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

sische Generalstaatsanwaltschaft, ihre Abteilung in der Region Jaroslawl einer Prüfung zu unterziehen. Denn die regionalen Ermittlungsbehörden hätten sich wiederholt geweigert, Verfahren wegen des Verdachts auf Folter einzuleiten.

Weitere Folturvorfälle gab es 2020 auch bei den Prozessen gegen Antifaschisten in Pensa und St. Petersburg. Die Beschuldigten wurden unter Folter gezwungen, angeblich geplante Terrorakte zuzugeben. Sie wurden zu langen Haftstrafen verurteilt. Es half ihnen nichts, dass sie die Aussagen unter Folter gemacht hatten und es keine Beweise für die Anschuldigungen gab. Die Anwälte der Verurteilten haben wegen der Folter eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht.

### Corona-bedingte Verschärfung der Lage für die Gefangenen

Waren schon vor der Corona-Pandemie die Haftbedingungen sehr hart, so hat sich die Lage für die Gefangenen seit Ausbruch der Pandemie deutlich verschärft: Vorübergehend wurden Besuche von Angehörigen verboten. In mehreren Regionen des Landes dürfen auch keine Pakete mehr an Gefangene übergeben werden. Dadurch fehlen den Inhaftierten dringend benötigte Lebensmittel und Medikamente.

Die Anzahl der Corona-Infizierten in den Haftanstalten ist unklar.

Ende April gab die russische Strafvollzugsbehörde bekannt, dass rund 270 Mitarbeiter und 40 Gefangene auf das Corona-Virus positiv getestet worden seien. Fast 19.000 Corona-Tests seien im Strafvollzug durchgeführt worden. Olga Romanowa von Rus Sidjaschaja geht von deutlich mehr Infizierten aus. Ihre Informationen bekommt sie von Häftlingen, deren Anwälten und Angehörigen und auch von Strafvollzugsbeamten, die um ihre eigene Gesundheit fürchten. Immer mehr Gefangene litten unter Fieber und Husten, es gebe keine Medikamente, keine Masken und die Sicherheitsdistanz könne auch nicht eingehalten werden. Der Abstand zwischen den Betten betrage oft weniger als einen Meter. Olga Romanowa, die zurzeit im Exil in Deutschland lebt, macht sich wegen der Corona-Pandemie große Sorgen: „Russische Gefängnisse sind eine Quelle und ein Brennpunkt vieler Epidemien und Krankheiten. Die Tuberkulose zum Beispiel werden wir in Russland deshalb nicht los, weil sie in den Gefängnissen grassiert. Für das Gefängnispersonal und für Ermittler sind solche Infektionen ein sehr bequemes Foltermittel. Sie müssen Aussagen oder Geständnis-

se nicht aus einem Häftling herausprügeln, sondern sie drohen einfach, ihn in eine Zelle mit jemandem zu stecken, der offene Tuberkulose hat. Da bleiben keine blauen Flecken, da bleiben keine Beweise.“

Angesichts der weltweiten Ausbreitung des Corona-Virus fordert Amnesty International die Regierungen auf, dringend Maßnahmen zum Schutz von Inhaftierten zu ergreifen und gewaltlose politische Gefangene freizulassen. Schutzforderungen für Häftlinge kamen auch von der Weltgesundheitsorganisation. Michelle Bachelet, UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, empfahl die Freilassung von Insassen überfüllter Gefängnisse.

Einige Regierungen folgten diesem Rat – wenn auch gewaltlose politische Gefangene oft bewusst von der pandemiebedingten Amnestie ausgeschlossen wurden. Walerij Fadejew, Vorsitzender des beim Präsidenten angesiedelten russischen Menschenrechtsrates, erklärte hingegen, in Russland werde es keine massenhaften Freilassungen geben.

Wegen der Corona-Einschränkungen werden nicht nur Besuche von Angehörigen ausgesetzt, sondern auch die Kontrollen der Hafteinrichtungen. Anfang April wurden bei einer Meuterei in einem Gefängnis in der Region Irkutsk Häftlinge vom Gefängnispersonal brutal verprügelt und zehn Gefangene schwer verletzt. Gefangenenhilfsorganisationen und die Angehörigen schickten Anwälte, die aber mit Verweis auf Corona nicht eingelassen wurden.

Die Sorge besteht, dass durch die Pandemie immer weniger bekannt wird, was sich hinter den Gefängnismauern abspielt. „Sollten Häftlinge tatsächlich massenhaft am Corona-Virus sterben, dann könnten damit auch die Todesfälle misshandelter und gefolterter Gefangener vertuscht werden“, fürchtet ein russischer Menschenrechtler.

*Eva Scheerer*

# Peru – nach uns die Giftflut

Blei, Chrom, Quecksilber und Zink – vier von etlichen Schwermetallen, die als gefährlich für Mensch und Tier eingestuft werden. Über die Luft inhaliert oder über Trinkwasser aufgenommen können sich diese Metalle dauerhaft im Körper einlagern und führen dort zu schweren Lungenschäden. Der Magen-Darm-Trakt wird verätzt, es kommt zu Nierenversagen. Eine chronische Vergiftung wird von einem schleichenden Verlust kognitiver und motorischer Fähigkeiten begleitet. Die ersten Symptome sind oft zitternde Hände, Gedächtnisverlust und Koordinationsprobleme. Oft werden die Schwermetalle dabei erst viel zu spät als Ursache diagnostiziert. In ärmeren Ländern wird die Bevölkerung in der Regel kaum vor dieser nahezu unsichtbaren Gefahr in Luft und Trinkwasser geschützt oder das Problem gezielt verharmlost. Doch es regt sich zunehmend Widerstand, beispielsweise in Peru.

## 17 verschiedene Metalle im Blut

Im Juni 2020 veröffentlichte Amnesty International einen ausführlichen Bericht über die Anstrengungen in Peru, die anhaltende Vergiftung durch Schwermetalle und andere Umweltgifte einzudämmen. Carmen Chambi, eine Stammesführerin der Gemeinde Alto Huanacán, berichtet dort vom Fund 17 giftiger Schwermetalle im Körper ihres Sohnes. Aufgenommen wurde das Gift aller Wahrscheinlichkeit nach über die Trinkwasserversorgung ihrer 4.000 Meter über dem Meeresspiegel gelegenen Ansiedlung. Behörden wiesen in der Provinz Espinar schon im Vorfeld eine alarmierende Konzentration an Schwermetallen in den Flussläufen nach.

Schlimmer noch ist die Situation in den größeren Städten. So zählt La Oroya in den zentralen Anden seit vielen Jahren zu den zehn am stärksten von Umweltverseuchung betroffenen Gegenden der Welt. Anfang 2016 führte eine Gruppe von Stu-



Yolanda Zurita kämpft seit Jahrzehnten gegen Umweltgifte.

Quelle: [derechosinfronteras.pe](http://derechosinfronteras.pe)

dierenden der *Yale School of the Environment* in Zusammenarbeit mit der *Interamerican Association for Environmental Defense* Analysen der Luftqualität in dieser Region durch. Die Grenzwerte für Blei, Cadmium und Schwefeldioxid wurden erwartungsgemäß deutlich überschritten. Die erhöhten Messwerte standen in direkter Korrelation zum Betrieb der ortsansässigen Großschmelzerei.

## Es kann nicht sein, was nicht sein darf

Betrieben wird die Anlage von der Doe Run Peru, eine unabhängige Tochter der US-amerikanischen The Renco Group Inc. Nach eigenen Angaben werden dort unter anderem jährlich 55.000 Tonnen Kupferkathoden, 120.000 Tonnen Eisenbarren sowie 42.000 Tonnen Zinkbarren produziert und an den globalen Markt ausgeliefert. Peru ist nach Chile und China der drittgrößte Kupferproduzent auf dem Weltmarkt. Auf dem offiziellen Internetauftritt von Doe Run ist selbstverständlich von enormen Investitionen in den Umweltschutz die Rede. Doch selbst wenn man dieser Darstellung Glauben schenkt, konzentrieren sich die Maßnahmen aktuell primär auf Blei, während andere Schwermetalle praktisch keine Erwähnung finden. Dies deckt sich mit weiteren Erkenntnissen der Forschungsdelegation aus Yale: „Wir haben erfahren, dass sich die ver-



Eine Theatergruppe protestiert vor dem Gesundheitsministerium gegen die Umweltvergiftung.

Quelle: *Amnesty International*

meintlich holistische nationale Schwermetallstrategie fast nur auf Blei konzentriert<sup>6</sup>. Dabei ist Blei nur eines von vielen lebensgefährlichen Giften, die systematisch in die Natur eingebracht werden.

Tatsächlich spricht laut dem Bericht der Studierenden aus Yale einiges dafür, dass das Schwermetallproblem von den Behörden und Ärzten gleichermaßen massiv unterschätzt oder bewusst kleingeredet wird. Gespräche mit den Patienten in der Region zeigten demnach ein beunruhigendes Maß an Desinformation. So sei Blei nur gekoppelt an Unterernährung tatsächlich schädigend und ansonsten harmlos. Atembeschwerden führten die Mediziner auf die sauerstoffarme Höhenluft zurück und schlossen Schwefeldioxid als Ursache kategorisch aus. Die Patienten selbst geraten durch derlei offenkundige Fehldiagnosen in eine prekäre Situation. Neben der fehlenden oder falschen medizinischen Betreuung sehen sie sich von

den Angestellten der Fabrikanlagen und deren Angehörigen als Verräter oder Simulanten diffamiert, da eine Schließung der Anlagen aufgrund von Verstößen gegen Umweltauflagen deren Existenzgrundlage gefährdet. Im Hintergrund verschleppen nationale volkswirtschaftliche Interessen ein strenges staatliches Durchgreifen gegen die Schadstoffproduzenten.

### Entstehung der PATM

Um genügend Druck auf Firmen wie Doe Run aufzubauen, ging 2017 aus einem Bündnis verschiedener Sozial- und Menschenrechtsorganisationen – darunter auch Amnesty International – die *National Platform of People Affected by Toxic Metals* (PATM) hervor. Die Allianz hat das Ziel, die Stimmen tausender betroffener Peruaner aus zwölf Regionen zu bündeln. Eine zentrale Forderung ist dabei die Einrichtung einer interdisziplinären Kommission mit Fokus auf Umweltverbrechen, die sich dezidiert der Vergiftung durch Schwermetalle und andere Umweltgifte annimmt. Zudem wird eine ehrliche und umfassende Versorgung der Opfer von Schwermetallvergiftungen gefordert. Ebenso muss die Versorgung der Dörfer mit nicht kontaminiertem Trinkwasser sichergestellt werden.

Sprecherin der PATM für die Region der Anden ist Yolanda Zurita aus der Stadt La Oroya. In einem Interview mit der peruanischen Publikation *derechosinfronteras* gewährte sie im Januar 2020 Einblicke in die schrittweise Entstehung der PATM. Sie selbst leidet bereits seit Anfang 2000 an den Folgen einer Schwermetallvergiftung. Auch ihr wurde dabei zunächst diagnostiziert, es handle sich bei Ihren schweren Krampfanfällen nur um eine kleine Hirnverletzung, bevor sie ihr Blut im Rahmen einer Universitätsstudie gezielt auf Schwermetalle untersuchen ließ.

Beim Kampf gegen die Verseuchung wurde schnell klar, dass eine kleine Dorfgemeinschaft allein we-

nig ausrichten kann. So holte man die Nachbargemeinden ins Boot und ließ sich extern beraten. „Wir hatten permanent Besuch von nationalen und internationalen NGOs“, so Zurita. „Dank dieser Organisationen erfuhren wir über den Hintergrund von Doe Run.“

### Vor 20 Jahren fast 100 Prozent Luftverschmutzung

Munition gegen Doe Run lieferte zu jener Zeit eine Studie der Municipal Environmental Commission, welche der Atemluft in La Oroya im Jahr 2001 einen skandalösen Verschmutzungsgrad von 99 Prozent attestierte und Doe Run explizit als einen der Hauptverursacher nannte. Die eindeutige Faktenlage ermöglichte Zurita und ihren Mitstreitern, gezielt juristischen Druck auf das Gesundheitsministerium auszuüben. Nach rund sechs Jahren zähen Prozessierens erreichte man 2007 dann vermeintlich den ersehnten Erfolg: Das Ministerium wurde juristisch dazu verurteilt, alle Opfer von Schwermetallvergiftungen spezialisiert und kostenfrei zu behandeln. Leider stellte sich dies letztlich nur als ein Pyrrhussieg heraus. „Jahre vergingen und der Staat hat sich einfach nicht an das Urteil gehalten. Deshalb haben wir uns an die Interamerikanische Menschenrechtskommission gewendet“, erläuterte Zurita im spanischen Interview. Leider verlief dieser erneute Versuch bisher im Sande. Nach etlichen Anhörungen wartet man heute noch immer darauf, dass die Kommission der peruanischen Regierung ihren Abschlussbericht vorlegt.

Von *derechosinfronteras* gefragt, was denn die Regierung seither selbst unternommen habe, antwortete Zurita mit Ernüchterung. So habe man 2012 zwar ein Zentralregister für Betroffene eingerichtet und mit umfassender Betreuung und Prävention geworben, aber es blieb nach Zurita größtenteils bei Ankündigungen. „Sie hatten gute Vorsätze, aber es wurde kein ausreichendes Budget bereitgestellt. Unter den Betreuern

waren überhaupt keine Spezialisten“. Zeitgleich belegte eine weitere Studie, dass die Anlagen von Doe Run noch in einem Umkreis von 180 Kilometern zu einer messbaren Umweltbelastung führen. Es galt daher, weitere Städte einzubeziehen und die Protestbewegung zu vergrößern. Die Regional Platform for Environmental and Human Health wurde gegründet, welche neben La Oroya Städte wie Junín und Yauli vertritt. Der Blick richtete sich neben Doe Run nun auch auf weitere regional operierende Bergbauunternehmen wie Volcan und Chinalco mit jeweiligem Hauptsitz in Lima. Volcan betreibt neben Minen zusätzlich einige Kraftwerke im Land. Auch hier ist der Blick auf die Internetauftritte in Sachen Umweltschutz wenig ergiebig. Bei Volcan findet sich im entsprechenden Bereich nur ein zahnloser Werbetext mit plakativem Naturfoto, ohne Verweis auf konkret umgesetzte oder geplante Maßnahmen. Von Chinalco wird zumindest der Bau einer firmeneigenen Kläranlage prominent hervorgehoben, welche die Qualität des Yauli-Flusses erhöhen soll. Dies senkt allerdings nur zum Teil die Schwermetallkonzentration und zu einer umweltgerechten Entsorgung des dabei entstehenden toxischen Schlammes macht Chinalco keine weiteren Angaben.

In immer mehr Regionen entstanden sukzessive Opfernnetzwerke. Schließlich verbündeten sich diese regionalen Gruppen zu einer national operierenden Dachorganisation, die mit einer gemeinsamen Stimme für alle Peruaner spricht – die PATM war geboren und Yolanda Zurita wurde zu deren Sprecherin für die Andenregion ernannt. Seither kämpft die PATM unermüdlich dafür, dass die Belastung mit Umweltgiften landesweit als reale Gefahr für Leib und Leben anerkannt und die Konzerne zur Rechenschaft gezogen werden. Dies gilt dabei nicht nur für Schwermetalle, denn auch Ölteppiche auf den Flüssen gehören zum Alltag.

### Marode Pipelines bei PetroPeru

Der Bericht von Amnesty International nennt die Norperuano Pipeline als weiteren Faktor bei der fortschreitenden Umweltbelastung Perus. Sie leckt seit vielen Jahren regelmäßig und lässt erhebliche Mengen Rohöl ungefiltert in Erdboden, Flüsse und Grundwasser versickern. Die Rohre stammen größtenteils noch aus der Gründungszeit der Betreiberfirma PetroPeru Anfang der siebziger Jahre. Zu einem besonders folgenschweren Leitungsbruch kam es 2016. Ein geborstenes Rohr, das nach Angaben der britischen BBC regulär fast eine Million Liter am Tag transportieren konnte, führte zur Verseuchung der großen Flüsse Chiriaco und Morona im Nordwesten Perus. Hauptleidtragende waren die Achuar, eine indigene Gemeinschaft im Grenzgebiet zwischen Peru und Ecuador. Zu den ersten Symptomen gehörten Übelkeit und Hautausschläge. Für insgesamt fünf Distrikte wurde der Wassernotstand ausgerufen. Als mutmaßliche Ursache für den Rohrbruch verwies die Betreiberfirma PetroPeru auf einen Erdbeben, dies wurde allerdings nie unabhängig bestätigt.

Gegen PetroPeru wurden in den Jahren 2016 und 2018 Strafzahlungen in Höhe von insgesamt rund 17 Millionen US-Dollar verhängt. Als Reaktion versprach man neben der Beseitigung der Ölschäden eine längst überfällige Prüfung der alten Leitungen. Tatsächlich jedoch überließ man es den indigenen Peruanern, eigenhändig den giftigen Schlack aus den Flüssen zu schöp-



*Giftiger Ölschlamm wird händisch aus dem Wasser gefischt.*

*Quelle: BBC / OEFA*

fen. Vertreter der PetroPeru boten dabei nach Augenzeugenberichten umgerechnet acht US-Dollar pro Eimer Ölschlamm, ohne jede Schutzausrüstung oder Einweisung. Nach Recherchen des Fernsehsenders Univisión wurden für die Flussreinigung auch Kinder eingesetzt und erhielten dafür lediglich 28 Cent pro Eimer.

### Demonstrieren unter Lebensgefahr

Der Kampf gegen die Unternehmen ist nicht ungefährlich, da die Proteste unter anderem das lukrative Ziel Perus gefährden, China als zweitgrößten Kupferproduzenten der Welt abzulösen. Im September 2015 versammelten sich geschätzt 2.000 Demonstranten in der Nähe des Grundstücks der Kupfermine Las Bambas in Apurímac. Der Versuch, das Firmengelände zu betreten, führte zu einer heftigen Auseinandersetzung mit der Polizei. Auf beiden Seiten gab es Verletzte, vier Menschen wurden erschossen. Um die Proteste zu unterdrücken, rief Peru den regionalen Notstand aus und entsandete zusätzliche Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung. Durchsuchungsbefehle waren in diesem Zeitraum nicht notwendig, die Versammlungsfreiheit wurde ausgesetzt. Zu denselben Repressionen griff man bereits zuvor in der Provinz Islay, wo im Mai 2015 der wochenlange Protest gegen die Kupfermine Tia Maria ebenfalls mehrere Todesopfer forderte.

Wie entschlossen die PATM ist, zeigt ein Zitat aus dem Amnesty International-Bericht. Teresa Cuñachi, Mitglied aus dem stark von Ölverschmutzung betroffenen Bagua, sieht den Protest als Lebensaufgabe: „Die Menschen meiner Gemeinschaft haben ihr Vertrauen in mich gesetzt [...]. Ich habe ihnen versprochen, bis zum Ende zu kämpfen. Wenn ich kann, gebe ich mein Leben, um dieses Land

und mein Wasser zu verteidigen“. Frauen wie Carmen Chambi, Yolanda Zurita und Teresa Cuñachi sind nicht zufällig die treibende Kraft der Bemühungen um ein sauberes Peru. Denn es sind die Frauen, die am stärksten leiden. Neben dem Kampf um die eigene Gesundheit müssen sie sich um vergiftete Angehörige und Betroffene in ihren und teilweise auch in anderen Familien kümmern und diese ernähren. Daher wurde ein umfassendes Mitspracherecht der Frauen bei allen Entscheidungsprozessen fest in der Agenda der PATM verankert.

In den vergangenen Jahren wurden dank des unermüdelichen Engagements einige wichtige Teilerfolge erzielt und die ersten Anzeichen eines politischen Wandels sind erkennbar. 2018 wurde vom Gesundheitsministerium das lange von der PATM eingeforderte Rahmenkonzept für die landesweite Versorgung aller dem Schwermetall ausgesetzten Peruaner verabschiedet. Im Oktober 2019 wurde zudem die Einrichtung einer interdisziplinären Kommission in Aussicht gestellt. Doch Versprechungen und Lösungsansätze auf Papier reichen bei Weitem nicht aus. „Wir fordern Ergebnisse“, so Carmen Chambi.

Perspektivisch lässt sich die Lage in Peru nur nachhaltig verbessern, wenn sich die Regierung nicht länger von den hohen Staatseinnahmen durch den günstigen, rücksichtslosen Erzabbau in veralteten Anlagen blenden lässt. Die Einhaltung geltender Umweltauflagen muss streng kontrolliert und dringend notwendige Investitionen in die technische Modernisierung müssen entschlossen von den Betreibern eingefordert werden. Das Leugnen und Kleinreden der systematischen Vergiftung der Bevölkerung muss ein Ende finden und die mitunter schon vor Jahren juristisch erstrittenen oder verbindlich zugesagten Maßnahmen sind zeitnah umzusetzen. Sollte das nicht gelingen, steuert Peru sehen den Auges auf eine ökologisch-humanitäre Katastrophe zu, die nur Verlierer kennt.

*Christian Eisenreich*

## Nigeria zwischen Traum und Albtraum...

... so lautete der Titel eines Dokumentarfilms, den der Reporter Peter Schreiber und sein Team im Jahr 2012 über Nigeria gedreht haben. Der Titel dieses Films bringt die politische Situation des westafrikanischen Vielvölkerstaates sowie das allgemeine Lebensgefühl der nigerianischen Bevölkerung auf den Punkt.

In Nigeria dreht sich alles um das Thema Erdöl. Erdöl gilt als das schwarze Gold. In Ländern wie Norwegen haben Erdölvorkommen maßgeblich zum allgemeinen Wohlstand beigetragen. So leben die Menschen in dem kleinen skandinavischen Land nicht nur in guten Verhältnissen, sondern sie haben auch die Gewissheit, dass sich an ihrem hervorragenden Lebensstandard nicht so schnell etwas ändern wird, da die Einnahmen aus den Erdölvorkommen gut angelegt sind. Die inzwischen langsam sinkenden Erdölfördermengen werden dabei von steigender Erdgasförderung ausgeglichen.

Im Jahr 1956 wurden in Nigeria noch größere Erdölvorkommen ent-

deckt als später in Norwegen – eine traumhafte Zukunftsperspektive also. Doch diese erfüllte sich nicht. Bereits die ersten Bohrungen 1958 – durch Shell, zwei Jahre vor der nigerianischen Unabhängigkeit 1960 – führten zu Ölverschmutzungen, die bis heute anhalten. Allein in den 15 Jahren Erdölförderung zwischen 1976 und 1991 sind 2976 Ölverschmutzungen registriert worden, bei denen insgesamt schätzungsweise 2,1 Millionen Barrel (334 Millionen Liter) Rohöl ausgeflossen sind. Das entspricht rund 40 Prozent der gesamten weltweiten Ölverschmutzungen durch Royal Dutch Shell.

Seit sich Sani Abacha im Jahr 1993 mit einer Militärdiktatur an die Spitze der Macht putschte, werden

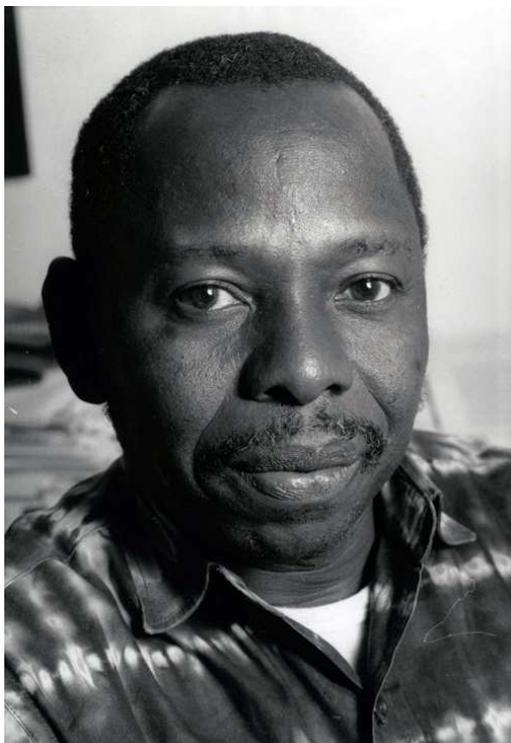
Demonstrationen gegen diese Probleme noch brutaler niedergeschlagen als zuvor. Vor allem im Nigerdelta nahmen die Unruhen seitdem drastisch zu. Denn hier leiden die Menschen besonders unter den jahrzehntelangen Umweltschädigungen.

Zudem lebt eine Vielzahl unterschiedlicher Ethnien in diesem Gebiet. Sie alle kämpfen um Entschädigungen und erheben Anspruch sowohl auf die Erdölreserven selbst wie auch auf die daraus resultierenden Gewinne. Immer wieder haben Friedens- und Umweltaktivisten versucht, diese Bewegungen zu bündeln und zusammenzuführen.

Eine der zentralen Figuren bei diesen Bemühungen war Ken Saro-Wiwa. Seine bereits 1990 ins Le-

ben gerufene Bewegung *Movement for the Survival of the Ogoni People* (MOSOP) verfolgte das Ziel, sich für die heimischen Ogoni einzusetzen und weltweites Aufsehen zu erregen. Denn zu dieser Zeit wurden unter Abacha Schätzungen zufolge 2000 Menschen hingerichtet und 80.000 vertrieben, weil sie in dieser Region lebten und sich für eine gerechte Verteilung der Einnahmen einsetzten. Trotz der riesigen Bodenschätze ist Ogoniland im Nigerdelta inzwischen eine besonders arme Gegend, die aufgrund rivalisierender Gruppen und brutaler Repressalien durch Regierungseinheiten erschreckend hoch militarisiert ist. Immer wieder fällt dabei die sogenannte *Nigerian Mobile Police* (MOPOL) negativ auf, die den paramilitärischen Arm der *Nigeria Police Force* darstellt. Diese wird im Übrigen selbst schwerwiegender Vergehen bezichtigt, aktuell im Covid-19-Kontext allem voran einer massiven Zunahme außergerichtlicher Tötungen sowie weiterer Menschenrechtsverletzungen durch Polizisten, wie die Zeitung *This Day* am 12. Mai 2020 berichtete. Die *Mobile Police*, vor Ort schlicht *Shell Police* genannt, wird insbesondere im Nigerdelta nicht nur zum Schutz der Ölindustrie eingesetzt, sondern von dieser auch bezahlt – der Interessenskonflikt ist nur allzu offensichtlich.

Diese Verquickung setzt sich auf höherer Ebene tragischerweise folgerichtig fort. 2010 wurde durch Wikileaks etwa bekannt, dass Shell Posten in sämtlichen entscheidenden Ministerien Nigerias besetzt hält, mit entsprechender ungeheurer Einflussnahme. Und nachdem MOSOP-Gründer und Sprecher Ken Saro-Wiwa mit weiteren acht Aktivisten und Widerständlern, den so-



Ken Saro-Wiwa, Gründer von „Movement for the Survival of the Ogoni People“ (MOSOP), wurde 1995 wegen seines Engagements für das indigene Volk der Ogoni hingerichtet.

Quelle: [www.amnesty.org](http://www.amnesty.org)



*Aufgrund mangelhafter Instandhaltung der Pipelines durch Shell versickern jährlich Millionen Tonnen Öl im Nigerdelta – mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung und das Ökosystem.*

*Quelle: www.amnesty.org*

genannten *Ogoni Nine*, gehenkt wurde, sind mindestens zwei Fälle bekannt geworden, bei denen Zeugen in Anwesenheit von Shell-Anwälten durch Zahlungen und Versprechen von lukrativen Arbeitsplätzen zu falschen Aussagen gezwungen werden sollten. Im Zusammenhang mit den *Ogoni Nine* hat Shell inzwischen zwar eine Strafzahlung akzeptiert, weist aber bis heute jegliche Schuld oder Verantwortung von sich.

Diese Menschenrechtsverletzungen sind die Folge von Umweltzerstörung seitens der Ölindustrie, auf die die Bevölkerung mit Protesten reagiert. Neben der unmittelbaren Ölverschmutzung ist da vor allem das Abfackeln der bei der Förderung anfallenden Gase ein zentraler Faktor, der etwa zur globalen Erwärmung einen signifikanten Beitrag leistet – und zwar ganz ohne die dabei anfallende Wärmeenergie überhaupt zu nutzen. Dabei wird weltweit das meiste Gas in Russland und Nigeria ungenutzt abgefackelt, in Russland mit sinkender Tendenz. In Nigeria wurde diese kostengünstige Praktik 2005 zwar gerichtlich untersagt und im Jahr 2008 sogar als Verbot im Gesetz verankert, aber noch immer werden riesige Mengen der Gase abgebrannt. Dabei gelangen

neben der schlichten Energie unzählige Giftstoffe in die Atmosphäre. Neben Methan, dessen Treibhauseffekt 25-mal stärker ist als der von Kohlenstoffdioxid, sind das u.a. auch Schwermetalle. Diese führen zu unsauberer Verbrennung und damit zu Ruß, der inzwischen in großen Mengen bis in die Arktis nachgewiesen werden kann und dort durch seine dunkle Farbe die Eisschmelze beschleunigt. Aber auch vor Ort ist er krebserregend für die Bevölkerung. Der im Nigerdelta durch Schwefeldioxid und Stickoxide hervorgerufene saure Regen trägt inzwischen zur Korrosion der Wellblechdächer bei, ganz zu schweigen von der Verunreinigung des Trinkwassers, das sowieso schon flächenweise von Rohöl schwer kontaminiert ist. Da Trinkwasser überteuert verkauft wird und daher für die meisten Menschen unerschwinglich ist, sind diese vom Grundwasser abhängig – ein nicht unwesentlicher Grund für eine der niedrigsten Lebenserwartungen der Welt. Die Probleme sind also weitreichend und sehr komplex miteinander verwoben. Sie betreffen zumeist Menschen, die sie gar nicht verursacht haben, während zugleich die ungeheuren Gewinne aus der Erdölför-

derung nie bei ihnen ankommen. Im Gegenteil entziehen sie ihnen sämtliche Lebensgrundlagen:

*„The Ogoni country has been completely destroyed by the search for oil... Oil blowouts, spillages, oil slicks, and general pollution accompany the search for oil... Oil companies have flared gas in Nigeria for the past thirty three years causing acid rain... What used to be the bread basket of the delta has now become totally infertile. All one sees and feels around is death. Environmental degradation has been a lethal weapon in the war against the indigenous Ogoni people.“*

*„Das Ogoniland wurde bei der Suche nach Öl total zerstört... Blowouts, Lecks, Ölteppiche und überhaupt die Verschmutzungen, die Bohrungen nach Öl begleiten... Das Abfackeln durch die Ölindustrie in den vergangenen 30 Jahren in Nigeria hat sauren Regen verursacht... Was einst der Brotkorb des Deltas war, ist heute absolut unfruchtbar geworden. Alles, was man um sich herum sieht und fühlt, ist Tod. Die Verschlechterung der Umwelt ist zu einer tödlichen Waffe geworden im Krieg gegen die indigenen Ogoni.“*

Ken Saro-Wiwa in einem Interview, das am 15. November 1995, fünf Tage nach seiner Hinrichtung, gesendet wurde.

*Susa und Joi Garbe*

# „Menschenzoos“

„Die Geschichte muss erzählt werden, damit sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.“ Die Geschichte, in der Menschen wie Tiere in Zoos ausgestellt werden, um den nicht-menschlichen Umgang mit ihnen, um die Kolonialisierung der Welt, das Aufteilen der Welt unter den vermeintlich Zivilisierten, das Aufzwingen einer „zivilisierten“ Lebensweise zu rechtfertigen.

„Beim Erinnern geht es nicht darum, Schuldgefühle zu erzeugen. Erinnern heißt vor allem verstehen, was geschehen ist, und welchen Einfluss diese Geschichte auf uns hat.“ - Lilian Thuram, Fußballspieler und Aktivist gegen Rassismus. Die „Menschenzoos“ von denen Lilian Thuram spricht, hatten in Europa und Nordamerika von etwa 1810 bis 1940 Hochkonjunktur. Allein in Deutschland wurden über 300 „Menschengruppen“ ausgestellt, die als „exotisch“ galten, wobei die Gruppen zum Teil über hundert Menschen groß waren. Sie wurden zunächst in Tierparks und Theatern ausgestellt, später in großen Kolonial-Ausstellungen. Zudem wurden sie in Anatomiesälen vorgestellt, damit Forscher sie vermessen und daraus ihre Rassentheorien spinnen konnten.

## Geschichte der Ausstellungen

Bereits im Römischen Reich war es gängig, Fremde und Andersartige zur Schau zu stellen, z.B. in den Gladiatorenspielen.

Im 15. Jahrhundert wurden dann von Seefahrern wie Christoph Kolumbus Menschen entführt und in der Heimat Adligen, Kirchenfürsten und reichen Kaufleuten vorgeführt. Für die Entdecker war es eine Gelegenheit, ihren Erfolg zu belegen, sie hatten tatsächlich neues Land gefunden. Auch der Adel sah darin keine bösen Absichten, wollte sich durch die Präsentation dieser Menschen als weltoffen, aber auch – eigennützig gedacht – als reich auszeichnen, da man sich so etwas „Außergewöhnliches“ leisten konnte. Auch vor Königen und dem Papst mussten die Entführten auftreten. Sogar Frauen mit Kindern wurden ausgestellt.

Das Leid der Menschen begann aber nicht erst auf den Bühnen gieriger, selbstverherrlichender Adliger,

Kaufleute und Religionsführer, sondern bereits in der Heimat, wenn sie gejagt wurden und auf der Seereise. Viele starben schon während des Transports oder kurz nach der Ankunft, da sie nicht gegen die europäischen Krankheiten immunisiert waren.

Was als vereinzelte „Attraktionsausstellungen“ begann, wurde im 19. Jahrhundert zu einem Geschäftszweig, sodass immer mehr Menschen aus den entlegensten Regionen der Welt ausgestellt wurden. Aber nicht nur Geld war ein Grund für dieses menschenverachtende Geschäft: Es diente auch dem Zweck, den Kolonialismus zu legitimieren und zu zeigen, dass Kolonien auch für das eigene Volk von Vorteil sein können. Damals wurden die Ausstellungen „Völkerchau“, „Kolonialausstellung“ oder „anthropologische Ausstellung“ genannt, wobei Letzteres vor allem in wissenschaftlichen Kreisen verwendet wurde. Die erste große Kolonialausstellung in Deutschland fand 1896 im Treptower Park in Berlin statt, wo über hundert Bewohner Afrikas sieben Monate lang in einem „Dorf“ ausgestellt wurden. Davor gab es schon viele kleinere Ausstellungen. Auch auf dem Oktoberfest in München wurden Menschen zur Schau gestellt – zuletzt 1959. Die Vorläufer dieser Ausstellungen waren sogenannte „Freakshows“, in denen Menschen mit besonderer Anatomie oder mit Behinderungen ausgestellt wurden. Dazu reihten sich nun die „anatomisch besonderen“ Menschen aus aller Welt.

Es entwickelte sich daraus ein reges Schaustellergewerbe, denn ab 1870 wuchs die Bevölkerung, die Städte vergrößerten sich und die Durchsetzung industrieller Arbeitsformen mit dem damit verbundenen arbeitsfreien Sonntag schuf die Voraussetzungen für eine Vergnü-

gungsindustrie, die das Bedürfnis nach Erholung vom Arbeitsalltag befriedigte. Eines der ersten Freizeitangebote, womit die Europäer ihren arbeitsfreien Tag verbrachten, waren Ausstellungen, die ihnen eine scheinbare Überlegenheit vermitteln sollten.

Ende des 19. Jahrhunderts folgte eine neue Kolonialisierungswelle, in der die europäischen Großmächte, die USA und Japan, die verbliebenen Regionen der Welt unter sich aufteilten – und zwar so, dass sie damit zufrieden waren. Die Menschen in den besetzten Gebieten wurden nicht gefragt, weshalb die Grenzen zum Teil bis heute direkt durch Gebiete einzelner Völker verlaufen.

Daraufhin hatten diese Staaten noch mehr Interesse daran, den eigenen „Fortschritt“ und die „Überlegenheit“ zu demonstrieren. Die „Menschenzoos“ dienten also noch mehr der Legitimation als zuvor.

In den USA war die Rassenfrage damals noch wichtiger, denn es gab schon lange Schwarze im Land, die zwar seit 40 Jahren keine Sklaven mehr waren, aber weiterhin verachtet wurden. Die Segregation musste gerechtfertigt werden, da kamen wissenschaftliche Theorien zur „genetischen Minderwertigkeit“ und Ausstellungen dieser Art genau recht. Somit schufen die Ausstellungen eine Rechtfertigung für weitere Unterdrückung. Besonders problematisch war, dass alles scheinbar wissenschaftlich begründet war.

Dies ging sogar so weit, dass bei den dritten Olympischen Spielen der Neuzeit 1904, die im Rahmen der Kolonialausstellung in St. Louis stattfanden, neben den Standardspielen auch die „Anthropologischen Spiele“ abgehalten wurden. Diese waren wie Paralympics ausgegliedert, da Wissenschaftler davon ausgegangen waren, dass sich die „unzivilisierten Völker“ nicht mit

den „westlichen Nationen“ im Sport messen könnten.

### Wissenschaftlicher Rassismus

Die damalige Wissenschaft sollte vor allem die Hierarchie der Rassen feststellen und Kolonialisierung rechtfertigen. Entsprechend voreingenommen waren die Forscher in ihrer Arbeit – wie jeder Forscher weiß, führt eine Erwartungshaltung gegenüber den Ergebnissen zu Fehlinterpretationen oder einer Verfälschung der Ergebnisse.

Für die Anthropologen der damaligen Zeit waren die Menschausstellungen die Gelegenheit, Menschen aus aller Welt zu vermessen und zu klassifizieren. Da sie an lebendigen Menschen nicht alles machen konnten oder durften (die Menschen waren z.B. nicht damit einverstanden, dass ihre Genitalien untersucht werden sollten), war es für die Forscher günstig, dass so viele der ausgestellten Menschen früh an Krankheiten und den schlechten Lebensbedingungen in den Ausstellungen starben. Die Verstorbenen wurden sezziert, konserviert und zum Teil in Museen ausgestellt.

Die Anthropologen erstellten mit den Daten eine Rassenhierarchie. Sie wollten beweisen, dass die Rasse der elementare Unterschied zwischen Menschen sei. Für aufstrebende Kolonialmächte war diese „Wissenschaft“ perfekt, um ihr skrupelloses Vorgehen gegen Menschen zu rechtfertigen, denn es handelte sich ja, „wissenschaftlich“ belegt, bestenfalls um „Menschen zweiter Klasse“.

Ein Beispiel der Fehlinterpretation dieser Forschung sind die Pygmäen aus dem Kongo. Damals wurde ihre kleine Körpergröße als Zeichen ihrer Minderwertigkeit gesehen. Heute weiß man, dass sie deswegen so klein sind, weil sie sich durch Evolution an die Gegebenheiten des Regenwalds angepasst haben.

Die Methoden der damaligen Zeit sind heute längst überholt, genauso ihre Forschungsergebnisse. Dennoch hängen einige Vorurteile heute noch nach und man muss sich des-

sen bewusst bleiben, um die eigene Forschung nicht unbewusst dadurch zu beeinflussen.

### Faszination der Zuschauer

Viele Besucher der Menschausstellungen waren zunächst nicht rassistisch geprägt. Ihnen wurde das Bild vermittelt, fremde Kulturen kennenzulernen. Sie gingen also aus Interesse an der Welt, ihren Kulturen und mit der Hoffnung, fremden Menschen zu begegnen, zu diesen Ausstellungen. Für sie waren es Menschen aus einem „Abenteuerland“, das noch nicht viele gesehen hatten.

Neben den Menschausstellungen gab es zumeist auch andere Vergnügungen wie Schießbuden und Cafés, um auch Menschen anzulocken, die nichts von den Menschausstellungen hielten.

Umso schlimmer ist es, dass die zur Schau gestellten Kulturen zum Großteil absichtlich falsch präsentiert wurden. Sie waren überspitzt dargestellt oder gar frei erfunden. Ein echtes Erfahren fremder Kulturen blieb daher auf diesem Weg unmöglich.

Weder bekamen die Besucher die echten Kulturen zu sehen, die sie so interessierten, noch konnten sie nach jahrzehntelanger „Dauerbeschallung“ mit diesen Bildern ihre Weltoffenheit wahren.

Die Menschausstellungen waren ein Propagandainstrument, das Menschen indoktrinierte. Den Zuschauern wurde vermittelt, dass es in Ordnung sei, Menschen wie Tiere zu behandeln, solange sie nur anders aussehen. Ihnen wurde außerdem ihre eigene „Überlegenheit“ demonstriert. Den ausgestellten Menschen wurde bedeutet, dass sie Wilde seien und keine bessere Behandlung in dieser Weltordnung zu erwarten hätten. Ziel war es, die Kolonialisierung zu rechtfertigen, und so setzte sich Rassenhierarchie in den Köpfen fest, in denen der ausgestellten Menschen selbst und bei den Zuschauenden, was bis heute nicht revidiert werden konnte.

Die Kolonialausstellungen waren so beliebt, dass z.B. bei einer einzigen Ausstellung in Berlin eine Million Besucher kamen. Immer mehr Menschen wurden nach Europa verschleppt, um dort ihr Leben und ihre Kultur nach den Wünschen und Befehlen der Weißen „zu spielen“.

Die Ausgestellten galten als Untermenschen, wild, unzivilisierbar und auf der untersten Stufe der Evolution stehengeblieben. Zum Teil sah man in ihnen Darwins „fehlendes Bindeglied zwischen Mensch und Affe“. Die Menschen wurden in Gehegen gehalten und mit Steinen beworfen, damit sie eine Reaktion zeigten.

Oft wurden die Menschen als Kannibalen präsentiert oder auf andere Art furchteinflößend dargestellt. Niemand der ausgestellten Menschen war wirklich Kannibale, aber die Zuschauer wussten nicht, dass es nur Show war. Später entwickelte sich ein echtes Schauspielgewerbe, in dem die Menschen diese ihnen zugewiesene Rolle so verinnerlicht hatten, dass sie selbst Shows entwarfen, um das Publikum zu fesseln.

Zu Anfang war das aber anders. Die Menschen wurden gewaltsam verschleppt, auf Schiffe verfrachtet, wussten nicht, wohin die Reise geht. Sie wurden geschlagen, zusammengepfercht und die Toten über Bord geworfen. Viele starben bereits auf der Reise. Diejenigen, die es nach Europa schafften, wurden verzollt und geimpft, denn die „Ware“ war kostbar, aber ansonsten wurden sie nicht gut behandelt. Sie wurden in Gehegen ausgestellt, oft ohne genügend Schutz vor Kälte und viele starben an Lungenkrankheiten. Wenn sie wider Erwarten nach Ende der Ausstellungen Jahre später in ihre Heimat zurückkehren konnten, brachten sie meist Krankheiten mit, die die Auslöschung ihres Volkes in Gang setzte. Ein „Menschenfänger“, der im Kongo Jagd auf Pygmäen machte, beschrieb, wie die Menschen schrien, als er sie einfing, und dass einige versuchten zu flie-

hen. Er hielt fest, wie er bewaffnet und gewaltsam in die Dörfer eindrang und dass das (in diesem Fall belgische) Regime hinter ihm stand.

Die Menschen wurden meist nicht nur auf einer Ausstellung präsentiert, sondern zur Steigerung der Gewinne auf Europatournee geschickt. Gegen Ende sahen die Überlebenden meist so schrecklich aus, dass sich sogar die Zuschauer beschwerten.

Sie wurden für die Shows umgetauft und bekamen eine Rolle zugeteilt, z. B. „furchtloser Krieger“. Sie mussten für höhere Verkaufszahlen Kriegstänze proben und vorführen, einen „wilden“ Dialekt sprechen und Bumerang werfen. Manchen wurden Kleidung und Besitztümer weggenommen, damit sie nicht weglaufen.

Menschen, die freiwillig mitkamen, waren meist Abenteurer, die die Welt entdecken wollten und denen Sehenswürdigkeiten versprochen worden waren. Allerdings wurden die Versprechen meist nicht gehalten, was den Menschen schon bei der Überfahrt auf dem Schiff klar wurde. Leider war es da meist schon zu spät.

### **Rassismus geht in den Alltag über**

Mit jeder Menschausstellung wurde es mehr und mehr Teil der westlichen Kultur, andere Menschen mit Tieren gleichzusetzen. Der Rassismus, der bisher eher wissenschaftlicher Natur war, ging somit in den Alltag der Menschen über, denn im Freizeitvergnügen kam keiner mehr daran vorbei. In jeder größeren Stadt wurden diese Ausstellungen zu geringen Eintrittspreisen präsentiert.

Später wandelten sich die Ausstellungen von „unzivilisierbaren Wilden“ hin zu „zivilisierbaren Wilden“. 50 Millionen Besucher gab es allein bei der Pariser Weltausstellung 1900. Dort wurden Menschen in Dörfern und Pavillons ausgestellt: „unzivilisierter Zustand“, aber bereit für die Zivilisation sollte die Ausstel-

lung ausdrücken.

Von da an entwickelte sich der Alltagsrassismus zu einem „Erziehungsauftrag“. Es entstand das Vorurteil, man könne die Menschen zivilisieren und als Arbeiter und Soldaten verwenden, solange man sie nur gut beaufsichtige. Im ersten Weltkrieg wurden dann in England und Frankreich auch Soldaten aus den Kolonien angeworben. Immerhin kämpften diese Soldaten gegen „noch primitivere Wilde“ – die Deutschen. Ein gemeinsamer Feind eint selbst unter diesen Voraussetzungen. Italien und Deutschland weigerten sich, koloniale Truppen aufzustellen, mit der Begründung, das Dogma der Rassentrennung müsse aufrechterhalten bleiben.

In den 1920ern wächst die Kritik an den Inszenierungen und Josephine Baker stellt mit ihren Shows die kolonialen Stereotype auf den Kopf. Dies fasziniert viele, bringt aber die rassistischeren Europäer und Amerikaner gegen sie auf. Die Hoffnung ihrer Unterstützer war, so den Kolonialismus von innen heraus erschüttern zu können. Die Achtung vor dem Menschen wird wieder selbstverständlicher.

Menschausstellungen wiederzubeleben gelang vielerorts nicht mehr, „schreckliche Wilde“ findet das Publikum dafür im Kino, z.B. im ersten King-Kong-Film.

Allerdings gab es noch bis 1996 im „Holiday-Park“ in Hassloch in der Pfalz Kleinwüchsige, die in einem „Liliputanerdorf“ lebten, das die Parkbesucher wie in den früheren „Menschenzoos“ besuchen konnten.

### **Bezug zu heute**

Was bleibt ist ein unterbewusster Rassismus, der sich bis heute durchzieht. Die Stereotype von damals sind, ob wir wollen oder nicht, noch immer ins kollektive Gedächtnis unserer Gesellschaft eingebrannt. Man muss kein offensichtlicher Rassist sein, um sie weiter verbreiten zu können.

Beispielsweise hält sich das Vorurteil, dass Menschen anderer Hautfarbe (POC) weniger intelligent seien, hartnäckig und wird durch schlechte Schulbildung nur verstärkt. Dass sie faul seien und weniger hart arbeiteten, ist ebenfalls ein gängiges Stereotyp. Fehlende Erfolgsgeschichten sind aber auf Armut, die dadurch erfahrbare schlechtere Schulbildung und Vorurteile von Lehrern zurückzuführen. Kein Mensch hat es im Blut, faul oder dumm zu sein. Aufgrund dieses strukturellen Rassismus und seiner Konsequenzen müssen POC viel mehr kämpfen als ihre weißen Mitbürger, um an dieselben Positionen zu kommen. Oftmals ist aber auch jedes Kämpfen vergebens, weil ein Aufstieg eben an den Vorurteilen scheitert.

Um heutigen Rassismus zu verstehen, muss man sich mit Kolonialismus, „Menschenzoos“ und Sklaverei beschäftigen. Man muss den eigenen Rassismus, und wenn er auch noch so verblasst ist, erkennen und dagegen steuern, denn wir sind durch jahrhundertelange Konditionierung geprägt, die sich nicht innerhalb weniger Jahre abschütteln lässt.

Historiker fangen jetzt erst an, diese Geschichte aufzuarbeiten. Und die sterblichen Überreste der verschleppten Menschen finden langsam ihren Weg zurück in ihre Heimatländer. Viele sind noch nicht zurück, sind verschwunden oder wurden noch nicht herausgegeben. Die Herausgabe der sterblichen Überreste hilft beim Aufarbeiten der Geschichte und gibt den Herkunftsländern der Menschen einen Teil ihrer eigenen Geschichte zurück. Ziel ist es, eine friedliche Erinnerungskultur zu schaffen, um Rassismus abzulegen und gemeinsam eine andere Zukunft aufbauen zu können. Geschichte muss vor dem Vergessen bewahrt werden, um aus ihr lernen und damit abschließen zu können.

*Sabrina Bucher*

**MOSAMBIK****Häusliche Gewalt gegen Menschenrechtsverteidigerin muss geahndet werden**

Unter [www.amnesty-tuebingen.de](http://www.amnesty-tuebingen.de) finden Sie Briefvorschläge der Deutschen Sektion von Amnesty International.

Am 17. Oktober 2015 wurde Josina Machel von ihrem damaligen Partner, Rofino Licuco, brutal angegriffen. Seitdem ist sie auf einem Auge blind. Nach dem Angriff wurde sie massiv bedroht, um sie daran zu hindern, gerichtlich gegen ihren Ex-Partner vorzugehen – diese Bedrohungen halten bis heute an. Doch Josina Machel lässt sich nicht einschüchtern. Im Februar 2017 verurteilte ein Bezirksgericht Rofino Licuco wegen schwerer Körperverletzung und psychischer Gewalt zu einer Haftstrafe von drei Jahren und vier Monaten, die unter der Bedingung der Zahlung einer moralischen und materiellen Entschädigung in Höhe von 2,8 Mio. US-Dollar zur Bewährung ausgesetzt wurde. Am 12. Juni 2020 hob die Zweite Berufungskammer des Strafgerichts von Maputo den Schuldspruch jedoch aus Mangel an Beweisen wieder auf. Gegen dieses Urteil legte Josina Machel beim Obersten Gerichtshof Berufung ein. Eine Entscheidung steht jedoch noch aus.

Josina Machel ist eine bekannte Menschenrechtsverteidigerin. Sie ist die Tochter von Graça Machel, einer prominenten Aktivistin für Frauen- und Kinderrechte, und Samora Machel, dem ersten Präsidenten von Mosambik. Ihr Stiefvater ist Nelson Mandela.



*Die Menschenrechtsverteidigerin  
Josina Machel*

© Bridget Corke

**Schreiben Sie bitte höflich formulierte Briefe** an die Justizministerin und bitten Sie sie, ein unparteiisches und unabhängiges Gerichtsverfahren zum Angriff auf Josina Machel zu gewährleisten, das internationalen Standards entspricht und ihren Angreifer für seine Straftaten zur Rechenschaft zieht. Fordern Sie sie auf, dafür zu sorgen, dass Josina Machel in einem sicheren Umfeld leben und arbeiten kann, ohne Angst vor Angriffen, Einschüchterungen und Belästigungen haben zu müssen. Außerdem müssen die Drohungen und Einschüchterungsversuche, mit denen Josina Machel zum Schweigen gebracht werden soll, unverzüglich, unabhängig und unparteiisch untersucht werden.

**Schreiben Sie in gutem Portugiesisch, Englisch oder auf Deutsch an:**

Justizministerin  
Helena Kida  
Av. Julius Nyerere 33  
Maputo  
MOSAMBIK

*E-Mail: [mjcr@mjcr.gov.mz](mailto:mjcr@mjcr.gov.mz)  
(Anrede: Dear Minister / Sehr geehrte Frau Ministerin)  
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)*

**Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:**

Botschaft der Republik Mosambik  
S. E. Herrn Sérgio Nathú Cabá  
Stromstraße 47  
10551 Berlin

*Fax: 030 – 398 765 03  
E-Mail: [info@embassy-of-mozambique.de](mailto:info@embassy-of-mozambique.de)  
(Standardbrief: 0,80 €)*

**Briefvorschlag:**

Sehr geehrte Frau Ministerin,

die Menschenrechtsverteidigerin Josina Machel wurde 2015 von ihrem damaligen Partner, Rofino Licuco, so schwer misshandelt, dass sie seither auf einem Auge blind ist. Nach dem Angriff wurde sie massiv bedroht, um sie daran zu hindern, gerichtlich gegen ihren Ex-Partner vorzugehen. Zu meiner großen Sorge halten diese Bedrohungen bis heute an.

In einem ersten Verfahren war Rofino Licuco wegen schwerer Körperverletzung und psychischer Gewalt schuldig gesprochen worden. Dieses Urteil wurde jedoch wieder aufgehoben. Josina Machel hat dagegen beim Obersten Gerichtshof Berufung eingelegt. Eine Entscheidung steht jedoch noch aus.

Ich appelliere an Sie, ein unparteiisches und unabhängiges Gerichtsverfahren zum Angriff auf Josina Machel zu gewährleisten, das internationalen Standards entspricht und den Täter zur Rechenschaft zieht. Bitte sorgen Sie dafür, dass Josina Machel in einem sicheren Umfeld leben und arbeiten kann, ohne Angst vor Angriffen, Einschüchterungen und Belästigungen haben zu müssen. Außerdem müssen die Drohungen und Einschüchterungsversuche, mit denen Josina Machel zum Schweigen gebracht werden soll, unverzüglich, unabhängig und unparteiisch untersucht werden.

Mit freundlichen Grüßen

**BANGLADESCH:**

**Journalist wegen freier Meinungsäußerung inhaftiert**



*Der Journalist und Fotograf Shafiqul Islam Kajol*  
© Anonymous

Der Journalist und Fotograf Shafiqul Islam Kajol befindet sich seit mehr als 130 Tagen in unbefristeter Untersuchungshaft. Zuvor war er 53 Tage „verschwunden“. Drei unbekannte Männer sollen am 10. März 2020 das Motorrad von Shafiqul Islam Kajol manipuliert haben, kurz bevor er damit von seiner Arbeit wegfuhr. Danach wurde er nicht mehr gesehen.

Offenbar wurde er allein wegen der Ausübung seines Rechts auf freie Meinungsäußerung inhaftiert. Gegen ihn liegen wegen seiner Facebook-Posts mehrere Anklagen auf Grundlage des repressiven Gesetzes über digitale Sicherheit (Digital Security Act – DSA) vor.

Im Zentralgefängnis von Dhaka in Keraniganj, wo er inhaftiert ist, befinden sich zurzeit mehr als 10.000 Gefangene, obwohl es nur für 4.097 Menschen ausgelegt ist. Nach Angaben der Gefängnisbehörden können neue Häftlinge, die potenziell an Covid-19 erkrankt sind, nicht unter Quarantäne gestellt werden. Anstatt die Zahl der Inhaftierten zu verringern, gefährden die Behörden Shafiqul Islam Kajol und andere., die allein wegen ihrer Ausübung des Rechts auf Meinungsfreiheit inhaftiert sind. Shafiqul Islam Kojal ist ein gewaltloser politischer Gefangener und muss umgehend und bedingungslos freigelassen werden.

**Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe** an die Premierministerin von Bangladesch und bitten Sie sie, den Innenminister und den Justizminister anzuweisen, dafür zu sorgen, dass Shafiqul Islam Kajol umgehend und bedingungslos freigelassen wird und sämtliche Ermittlungen gegen ihn eingestellt werden. Die bangladeschischen Behörden müssen zudem das Verschwindenlassen des Journalisten untersuchen.

**Schreiben Sie in gutem Bengali, Englisch oder auf Deutsch an:**

Ms. Sheikh Hasina, MP  
Prime Minister's Office  
Old Sangsad Bhaban  
Tejgaon  
1215 Dhaka  
BANGLADESCH

*Fax: 00 88 – 02 55 02 94 18*  
*E-Mail: ps1topm@pmo.gov.bd / psecy@pmo.gov.bd*  
*(Anrede: Her Excellency / Exzellenz)*  
*(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)*

**Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:**

Botschaft der Volksrepublik Bangladesch  
Herrn M. Murshidul Huq Khan,  
Botschaftsrat (Geschäftsträger a.i.)  
Kaiserin-Augusta-Allee 111  
10553 Berlin

*Fax: 030 – 39 89 75 10*  
*E-Mail: info.berlin@mofa.gov.bd*  
*(Standardbrief: 0,80 €)*

**Briefvorschlag:**

Exzellenz,

der Journalist und Fotograf Shafiqul Islam Kajol befindet sich seit mehr als 130 Tagen in unbefristeter Untersuchungshaft, nachdem er 53 Tage „verschwunden“ war. Offenbar wurde er allein wegen der Ausübung seines Rechts auf freie Meinungsäußerung inhaftiert. Ich bitte Sie, in Ihrem Land die Meinungsfreiheit zu garantieren, die in Artikel 19 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen“ gefordert wird. Nach Ansicht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International ist Shafiqul Islam Kojal ein gewaltloser politischer Gefangener. Ich appelliere daher an Sie, den Innenminister und den Justizminister anzuweisen, für seine umgehende und bedingungslose Freilassung zu sorgen und sämtliche Ermittlungen gegen ihn einzustellen. Die bangladeschischen Behörden müssen außerdem das Verschwindenlassen des Journalisten untersuchen.

Hochachtungsvoll

**RUSSLAND:****Hohe Gefängnisstrafen aufgrund konstruierter Anklagen**

Ein russisches Militärberufungsgericht hat am 25. Juni 2020 den Schuldspruch gegen den Krimtataren und Menschenrechtsverteidiger Emir-Usein Kuku und seine fünf Mitangeklagten, Muslim Alijev, Vadim Siruk, Enver Bekirov, Arsen Dzepparov und Refat Alimo, bestätigt. Sie sind gewaltlose politische Gefangene, die nach unfairen Gerichtsverfahren zu langen Haftstrafen verurteilt wurden und freigelassen werden müssen.

Die sechs Männer waren 2016 festgenommen und im November 2019 unter konstruierten Terrorismusanklagen und anderen Vorwürfen schuldig gesprochen worden, obwohl während des gesamten Verfahrens keine glaubhaften Belege für ihre Beteiligung an einer international als Straftat anerkannten Handlung vorgelegt wurden. Muslim Alijev wurde zu 19 Jahren Gefängnis in einer Strafkolonie verurteilt. Enver Bekirov erhielt 18 Jahre, Vadim Siruk und Emir-Usein Kuku wurden zu jeweils zwölf Jahren Haft verurteilt, Refat Alimov zu acht Jahren und Arsen Dzepparov zu sieben Jahren.

Die Strafverfolgung der sechs Männer ist politisch motiviert und typisch für die Strafverfolgung von Angehörigen der Krimtatar\_innen und anderer Menschen mit abweichender Meinung auf der Krimhalbinsel, seit diese 2014 von Russland besetzt und rechtswidrig annektiert wurde. Im Falle von Emir-Usein Kuku ist die Strafverfolgung eine Repressionsmaßnahme, weil er Menschenrechtsverletzungen auf der Krim angeprangert hat.

**Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe** an den Generalstaatsanwalt Russlands und fordern Sie ihn auf, sich dafür auszusprechen, dass die Urteile gegen Emir-Usein Kuku und seine Mitangeklagten aufgehoben und die Männer sofort und bedingungslos freigelassen werden.

**Schreiben Sie in gutem Russisch, Englisch oder auf Deutsch an:**

Prosecutor General of the Russian Federation  
Yurii Yakovlevich Chaika  
Prosecutor General's Office  
ul. B. Dmitrovka, d.15a  
125993 Moscow GSP-3  
RUSSISCHE FÖDERATION

*Fax: 007 – 495 987 5841 / 007 – 495 692 1725  
(Anrede: Dear Procurator General /  
Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt)  
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)*

**Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:**

Botschaft der Russischen Föderation  
S. E. Herrn Sergei J. Netschajew  
Unter den Linden 63-65  
10117 Berlin

*Fax: 030 – 22 99 397  
E-Mail: [info@russische-botschaft.de](mailto:info@russische-botschaft.de)  
(Standardbrief: 0,80 €)*



*Der krimtatarische Menschenrechtsverteidiger Emir-Usein Kuku  
(Archivfoto aus dem Jahr 2015)*

© Privat

**Briefvorschlag:**

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt,

ich bin in großer Sorge um den Krimtataren und Menschenrechtsverteidiger Emir-Usein Kuku und seine fünf Mitangeklagten, Muslim Alijev, Vadim Siruk, Enver Bekirov, Arsen Dzepparov und Refat Alimo. Die sechs Männer waren 2016 festgenommen und im November 2019 unter konstruierten Terrorismusanklagen und anderen Vorwürfen schuldig gesprochen worden, obwohl während des gesamten Verfahrens keine glaubhaften Belege für ihre Beteiligung an einer international als Straftat anerkannten Handlung vorgelegt wurden. Ein russisches Militärberufungsgericht hat am 25. Juni 2020 den Schuldspruch gegen Emir-Usein Kuku und seine fünf Mitangeklagten bestätigt. Die sechs Männer sind gewaltlose politische Gefangene, die nach unfairen Gerichtsverfahren zu langen Haftstrafen verurteilt worden sind. Ich bitte Sie daher, sich dafür einzusetzen, dass die Urteile gegen Emir-Usein Kuku und seine Mitangeklagten aufgehoben und die Männer sofort und bedingungslos freigelassen werden.

Hochachtungsvoll

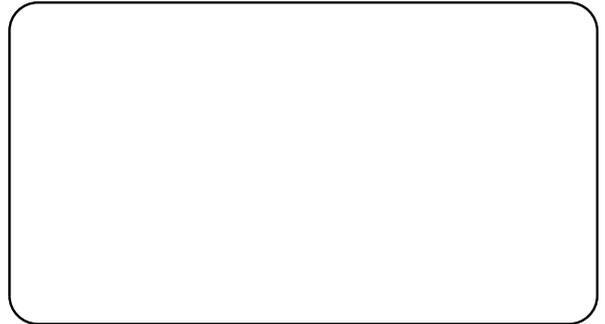
# Mitleid allein hilft nicht!



So können Sie zur Freilassung von gewaltlosen politischen Gefangenen beitragen und sich gegen Folter und Todesstrafe engagieren:

- als aktives Mitglied einer Gruppe
- durch Briefe schreiben („Briefe gegen das Vergessen“, Eilaktionen, s.u.)
- durch finanzielle Unterstützung

**Einzelspenden** bitte an das Konto: Bank für Sozialwirtschaft - Spendenkonto: IBAN: DE2337020500008090100 (Kto. 80 90 100), BIC: BFSWDE33XXX (BLZ 370 205 00), bitte unter Angabe der Gruppen-Nummer 1322 (oder anderer Gruppen-Nummer, s. unten) oder **regelmäßige finanzielle Unterstützung** (s. Förderer-Erklärung)



Bei Adressänderungen bitte unbedingt den alten Adressaufkleber mitschicken!



## Infocoupon

Ich möchte

- weitere Informationen über Amnesty International
- die ANKLAGEN regelmäßig erhalten
- an der Aktion „Briefe gegen das Vergessen“ teilnehmen
- an Eilaktionen teilnehmen
- aktiv mitarbeiten
- an der „Tübinger Aktion“ teilnehmen (Briefaktion zu verschiedenen Ländern)

Name: .....

Straße: .....

PLZ/Ort: .....

Falls möglich, bitte E-Mail-Adresse angeben (zur kostengünstigen Zusendung der Briefe): .....

Bitte den Coupon ausschneiden und einsenden an:

Amnesty International  
ANKLAGEN-Redaktion  
Wilhelmstr. 105  
72074 Tübingen

## Förderer-Erklärung

Ich möchte die Arbeit von Amnesty International finanziell unterstützen. Um die Verwaltungskosten möglichst gering zu halten, bin ich damit einverstanden, dass der unten angegebene Betrag im Lastschriftverfahren erhoben wird. Ich erteile folgende EINZUGSERMÄCHTIGUNG an Amnesty International, Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin:

Kontonummer: ..... BLZ: .....

Kreditinstitut: .....

Betrag: ..... EUR

Name: .....

Straße: .....

PLZ/Ort: .....

Ort/Datum: .....

Zahlungsweise:  monatlich

vierteljährlich

jährlich

Datum/Unterschrift: .....

Verwendung für Gruppe 1322 (oder andere Gruppe angeben, s. unten):

Ab einem Förderbeitrag von 84,- Euro pro Jahr erhalten Sie alle zwei bis drei Monate das Menschenrechtsmagazin AMNESTY JOURNAL.



**Albstadt**, Gruppe 1508  
Hedi Abel  
Hunsrückstr. 1  
72458 Albstadt 1  
Tel. 07431 4715  
www.ai-albstadt.de

**Esslingen**, Gruppe 1350  
Gunther von Kirchbach  
Barbarossastraße 50  
73732 Esslingen  
Tel. 0711 375409  
info@amnesty-es.de

**Göppingen**, Gruppe 1110  
Gisela Joester  
Hölderlinweg 11  
73033 Göppingen  
Tel. 07161 29104  
ai.goepingen@gmx.de

**Hechingen**, Gruppe 1545  
Francoise Schenkel  
Reuteweg 33  
72417 Jungingen  
Tel. 07477 8611

**Herrenberg**, Gruppe 1635  
Amnesty International  
Stuttgarter Str. 12  
71083 Herrenberg  
Tel. 07452 75219  
www.amnesty-herrenberg.de

**Nürtingen**, Gruppe 1651  
Wolfgang Altenpohl  
www.amnesty-nuertingen.de  
info@amnesty-nuertingen.de

**Reutlingen**, Gruppe 1174  
Richard Schätzthauer  
Dietrich-Bonhoeffer-Str. 15/3  
72762 Reutlingen  
Tel. 07121 279614  
info@amnesty-reutlingen.de

**Rottweil**, Gruppe 1548  
Oliver Stenzel  
Neckarstr. 54  
78628 Rottweil  
beglueckt@t-online.de

**Tübingen**, Gruppe 1322  
Amnesty International  
Wilhelmstr. 105  
72074 Tübingen  
www.amnesty-tuebingen.de  
info@amnesty-tuebingen.de

**Villingen-Schwenningen**,  
Gruppe 1236  
Caroline Weber  
Berliner Platz 1  
78048 VS-Villingen  
Tel. 07721 9169272  
www.ai-villingen-schwenningen.de  
carolina.weber60@yahoo.de

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**

